

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24 1/2 Sgr.  
**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

**Inserate**  
1 1/2 Sgr. für die fünfgepal-  
tene Zeile oder deren Raum,  
Klammern verhältnismäßig  
höher, sind an die Expedi-  
tion zu richten und werden  
für die an demselben Tage er-  
scheinende Nummer nur bis  
10 Uhr Vormittags an-  
genommen.

## Amtliches.

Berlin, 4. März. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Landschafts-Präsidenten, Rechnungsrath Niemer zu Ratibor und dem Archimandriten und Pfarrer der orthodoxen griechischen Gemeinde zu Wien, Chariatis, den Rothen Adlerorden vierter Klasse, sowie dem Chaussee-Aufseher Schulz zu Hainau, dem Haupt-Steueramtsdiener Beestow zu Stettin und dem Schulzen Lehmann zu Trotha, im Saalkreise, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; die von der Akademie der Wissenschaften hieselbst getragene Wahl des ordentlichen Professors an der hiesigen Universität, Dr. Droyen, zum ordentlichen Mitglied in der philosophisch-historischen Klasse der Akademie zu bestätigen; so wie den Hypotheken-Bewahrern Richard in Bonn und Helmentag in Koblenz den Charakter als Steuer-Rath zu verleihen.

## Telegramme der Posener Zeitung.

Stettin, 4. März. Bei der engeren Wahl im Kreise Ucker-  
münde wurde der Redakteur Michaelis mit 6466 Stimmen gewählt.  
Auf den Gegenkandidaten v. Enkevort waren 1064 Stimmen ge-  
fallen.

Wien, 4. März. Der mährische und der krainische Landtag  
sind in ihren heutigen Sitzungen durch kaiserliches Patent aufgelöst  
worden.

Wien, 4. März. Abends. Die heutige „Wiener Abendpost“  
erklärt die von Zeitung in gebrachte Nachricht, der Kaiser von Oesterreich  
habe dem Kaiser Napoleon mittelst eines an denselben gerichteten  
Telegramms den Dank für die in der französischen Thronrede für  
Oesterreich geäußerten freundschaftlichen Gesinnungen ausgesprochen,  
für unbegründet und fügt hinzu, es hätte einer Kundgebung an die  
französische Regierung gar nicht bedurft, damit dieselbe der in Wien  
für sie herrschenden freundschaftlichen Gesinnungen sich versichert hätten  
könnte.

Florenz, 4. März. Das Finanzprojekt mit Langrand-  
Dumonceau ist keineswegs aufgegeben, sondern wird dem neuen  
Parlamente wieder vorgelegt werden. Das Gerücht, es sei mit  
englischen Banquiers ein finanzielles Abkommen getroffen worden,  
entbehrt der Begründung.

## Deutschland.

**Preußen.** Berlin, 4. März. Aus Paris findet hier  
die Nachricht Eingang, daß Frankreich in letzter Zeit in Berlin  
Schritte wegen der Verhinderung in Nordwestfalen gemacht  
und Graf Bismarck erwidert hätte, diese Angelegenheit werde eine  
der ersten sein, welche er dem Parlament vorlegen würde. Diese  
Angabe hat wenig Wahrscheinlichkeit für sich, da Frankreich zunächst  
mit der Frage gar nichts zu thun hat, sondern lediglich Oesterreich  
gegenüber die Verpflichtung vertragmäßig besteht und auch wohl  
gehalten werden wird. Ebenso wenig aber kann der Reichstag zur  
Verathung der Verfassung des Norddeutschen Bundes für kompetent  
achtet werden, in dieser Sache mitzusprechen. — Die Vertretung  
der k. sächsischen Regierung im Reichstage war bekanntlich in Ab-  
wesenheit des Ministers v. Friesen dem hiesigen Gesandten v.  
Lönneritz übertragen, da dieser jedoch anderweit zu sehr beschäf-  
tigt ist, so hat die sächsische Regierung jetzt einen Herrn v. Hü-  
mel mit ihrer Vertretung betraut, der bereits seine Akkreditive über-  
reicht hat; in wichtigen Fällen hat Herr v. Friesen zugesagt, persön-  
lich an den Parlamentsverhandlungen Theil zu nehmen.

Auch die Fraktionsbildung im Parlament scheint nun zu  
einem gewissen Abschluß gekommen zu sein; auf der Rechten  
stehen die Konserverativen nebeneinander, das Centrum bilden  
die National-Liberalen und daran schließt sich dann die Linke und  
die in der Bildung begriffene polnische Fraktion, das Centrum zählt  
ca 53, die Linke 30 Mitglieder. Die Fraktionen der Fortschritts-  
partei, der Altliberalen und der Klerikalen aus dem Abgeordneten-  
hause sind in diese Parteibildung aufgegangen; die Zahl der so ge-  
nannten „Wilden“ scheint nicht unerheblich zu sein, so wollen sich  
z. B. v. Vincke (Hagen) und v. Mallinckrodt keiner Fraktion  
anschließen. Von einer zu bildenden freien parlamentarischen Ver-  
einigung ist übrigens die Rede. Die Schleswig-Holsteinischen Abgeord-  
neten Schrader und Voßmann sind der Linken beigetreten,  
der Beitritt des Grafen Daudissin wurde erwartet. Simson ge-  
hörte vor seiner Wahl zum Präsidenten der national-liberalen Frak-  
tion an, Graf Schwerin will derselben auch noch beitreten. Es ist  
sehr wahrscheinlich, daß Berlin noch eine Nachwahl vorzunehmen  
hat, da Waldeck's Wahl in Bielefeld wohl erfolgen und er in  
diesem Falle das Mandat dort annehmen wird. — Die Zahl der  
bei dem Reichstage bis jetzt eingelaufenen Wahlproteste beläuft sich  
auf 23, die meisten sollen durchaus unerheblich sein. — Dem Kreis-  
richter a. D. Parrisius (früher Mitglied des Abgeordnetenhauses)  
hat seine Thätigkeit als Schriftführer des liberalen Centralwahl-  
Komites noch eine Anklage zugesprochen, welche wegen des von ihm  
verfaßten Flugblattes: „Ein Schreibebrief an den Herrn Ge-  
watter“ erhoben worden ist. Seine verantwortliche Vernehmung  
hat bereits stattgefunden.

— Einem Korrespondenten der „R. Z.“ geht die Nachricht zu,  
die er in indes nur mit allem Vorbehalte geben will, daß Bayern  
und Württemberg neuerdings wegen Herstellung der Beziehungen  
zu dem Norddeutschen Bunde einleitende Schritte ge-  
than hätten. Daß Bayern und Württemberg sich gemeinschaftlich in  
einer Art Gegenpaß zu den beiden andern süddeutschen Staaten hin-  
sichtlich der Verhältnisse zu Norddeutschland befinden, ist bekannt  
und wird auch jetzt wieder durch süddeutsche Korrespondenzen be-  
stätigt. Es hat sich dies bei den Militärkonferenzen in Stuttgart  
herausgestellt, wo Baden und Hessen das preussische Wehrsystem  
pure angenommen wissen wollten und sich daher mit Bayern und

Württemberg nur über ganz allgemeine Punkte geeinigt haben,  
während die beiden letzteren zu einer näheren Vereinigung gekom-  
men sind. Ein Stuttgarter Brief der „R. Ztg.“ bestätigt diese  
Sachlage und ist zugleich im Stande, einige Details über die Kon-  
vention mittheilen zu können:

In der Konvention der vier südwestdeutschen Staaten wird  
vorangestellt: Herstellung einer Wehrverfassung auf gleichen Prin-  
zipien; dabei Annahme der preussischen Einrichtungen zum Vor-  
bilde in der Art, daß die neue Organisation geeignet mache zu ge-  
meinsamer Aktion der vier Staaten unter sich und in Gemeinschaft  
mit dem Nordbunde. Die Wehrkraft soll möglichst erhöht, die  
Wehrpflicht allgemein gemacht und der Beginn derselben auf das  
20. oder 21. Jahr festgesetzt werden. Dabei wird eine 3jährige un-  
bedingte Präsenzpflicht angenommen. Infolge dessen wird, nach  
dem Ergebnisse in Preußen, die Stärke des aktiven Heeres zu zwei  
Prozent, die der stets wirklich unter den Waffen zu haltenden Mann-  
schaft zu ein Prozent der Bevölkerung angenommen. Als Minimal-  
sätze wurden 1 1/2 Proz. und resp. 3/4 Proz. vereinbart. Eine Verständ-  
igung über die Organisation knüpft sich daran. Es soll möglichst  
Uebereinstimmung in den Reglements und in den Feuerwaffen, dann  
möglichst gleichmäßige Ausbildung der Offiziere herbeigeführt wer-  
den, und es sollen gemeinschaftliche große Uebungen stattfinden.  
Auf diese Grundlagen hin soll spätestens am 1. Oktober d. J. eine  
Militärkonferenz in München zusammentreten. Die Entscheidung  
über die weiland Bundesfestungen Ulm und Rastatt ward verho-  
ben, während die Zukunft von Landau den Beschlüssen Baierns  
allein überlassen bleibt. In wiefern eine Vereinbarung über die  
Zeit, während welcher jeder einzelne Mann im Frieden wirklich  
unter den Waffen gehalten werden soll, erzielt wurde, konnte ich  
nicht genau erfahren. Sind die mir gewordenen Mittheilungen  
genau, so verlangt Bayern 2 Jahre Präsenz für die Infanterie und  
3 Jahre für die Kavalerie, Württemberg weniger, Baden dagegen  
noch mehr, ganz nach dem Vorbilde Preußens, wobei Bayern auch  
hier einen Minimalatz, etwa von 18 Monaten für die Infanterie,  
zulassen würde.

Man erwartet, daß in nächster Zeit eine Marinekommission des Nord-  
deutschen Bundes die gesammten deutschen Nord- und Ostseeflästen bereisen wird,  
um eine genaue Revision ihrer seetüchtigen Bevölkerung Behufs deren Heran-  
ziehung für den Marinedienst vorzunehmen. Außer Preußen mit seinen alten  
und neuen Provinzen wird Mecklenburg den bedeutendsten Theil der Matrosen  
für die Kaiserliche Marine stellen müssen. Dringend hoffen die jungen Matro-  
sen und Steuerleute der Handelsflotte, welche später zum Dienste für die Kriegs-  
flotte herangezogen werden sollen, daß ihnen während dieser Dienstzeit die mög-  
lichste Gelegenheit geboten wird, sich diejenigen theoretischen Kenntnisse in der  
Navigation zu verschaffen, die ihnen später für das Steuermanns- und Kapitäns-  
Examen erforderlich sind. Je mehr die preussische Kriegsflotte danach  
strebt, zugleich auch mit dem Dienste auf ihren Kriegsschiffen gute Navigations-  
Schulen zu verbinden, was so leicht angeht, desto populärer wird sie bei der  
seetüchtigen Bevölkerung unserer Ost- und Nordseeflästen werden.

Die Nachricht von dem nunmehrigen Rücktritt des Staats-  
ministers Frh. v. Patow aus der von ihm nur provisorisch über-  
nommenen Stellung als Civil-Administrator für Frankfurt und  
Rassau wird der „R. P. Ztg.“ in zuverlässiger Weise bestätigt mit  
dem Hinzufügen, daß jenes Provisorium mit der Bildung eines de-  
finitiven Verwaltungsbezirks (des Regierungsbezirks Wiesbaden)  
seine natürliche Endschafft erreicht habe. Herr v. Patow dürfte in  
kurzem nach Berlin zurückkehren.

\* Aus Berlin wird uns als gewiß mitgetheilt, daß der Poli-  
zei-Präsident v. Bernuth durch den Landrath v. Wurmb ersetzt  
wird und Ersterer nach Danzig geht.

Die Stadt Wiesbaden wird, zuverlässigen Mittheilun-  
gen zufolge, der Sitz der Regierung über Nassau, Hessen-Homburg  
und Frankfurt.

— Sr. Majestät Brigg „Musquito“ ist am 28. Februar und  
Sr. Majestät Brigg „Kover“ am 1. d. M. in Toulon angekommen.

Nachdem Allerhöchsten Orts die Douceurgelder für die Er-  
oberungen, welche im vorjährigen Kriege an Geschützen, Fahnen u.  
gemacht worden, bestimmt worden sind, ist festgestellt, daß die Ge-  
sammtsumme der zu gewährenden Douceurgelder sich auf 9160 Du-  
caten beläuft.

Der „Magd. Ztg.“ wird als bestimmt mitgetheilt, daß  
das Gesuch der Direktion der Berlin-Anhaltischen Eisenbahngesell-  
schaft um Ertheilung der Konzession zu den Vorarbeiten für den  
Bau einer Bahn von Zerbst nach Magdeburg, welche ihr von An-  
haltischer Seite bereits zugesagt sein sollte, von der königlichen  
Staatsregierung definitiv abgelehnt worden ist.

Wie der „B. G. Z.“ aus der Lausitz mitgetheilt wird, hat  
sich dort so eben ein Komitee zur Ausführung einer Cottbus-  
Leipzig-Guben-Verbindungsbahn konstituiert. Die beab-  
sichtigte Linie soll die nächste Verbindung zwischen Dresden und  
Warschau vermitteln der Leipzig-Dresdener, bei Preßnitz durch die  
Großenhain-Cottbusser Bahn und der Guben-Crossen-Posener  
von ersterer Station ab herstellten, mit dem Bahnhofs bei Cottbus  
die Berlin-Görlitzer und bei Guben die Niederschlesisch-Märkische  
Bahn verbinden.

Vorgestern kamen von Petersburg 24 Pferde aus den  
kaiserlichen Gestüthen hier an, die als Proben russischer Pferderacen  
und Zucht nach Paris zur Ausstellung gebracht werden. Sie sind  
für einige Tage zum Ausruhen in den Ställen des Lutterfall un-  
tergebracht worden.

Die Verhandlungen wegen Errichtung eines Pfandbrief-Amtes  
für Berlin, welche längere Zeit geruht hatten, sind durch den Oberbürgermeister  
Segel neuerdings wieder in Anregung gekommen. Soweit die „Spn. Ztg.“  
von diesen Verhandlungen zu berichten weiß, geben dieselben zwar von be-  
stimmten Grundprinzipien aus, deren Modifizierung und Aenderung aber kei-  
neswegs ausgeschlossen ist. Die Gründung des Instituts soll Sache der Kom-  
munalbehörden sein, die Verwaltung durch eine städtische Deputation erfolgen,  
so daß die Kosten derselben dem Amte zur Last fallen, der Stadtverordneten-

Versammlung aber die Kontrolle zusteht. Feliehen sollen nur solche Grund-  
stücke werden, welche bebaut sind, im Weichbilde liegen, bei der städtischen  
Feuerocietät ihre Versicherung nehmen, sich in gutem baulichen Zustande be-  
finden und über welche dem titulierten Besitzer die freie Disposition zusteht. Bei  
der Feststellung des Werthes der zu beschreibenden Gebäude beabsichtigt man,  
Grund und Boden auszuschließen und nur den zeitigen Bauwerth derselben und  
den dreijährigen Durchschnittsertrag vor der Beleihung zu berücksichtigen. Die  
Feuer-Versicherungssumme bezeichnet den Bauwerth und sind natürlich Anord-  
nungen notwendig, um hierbei eine unausgesetzte Kontrolle eintreten zu lassen.  
Die Servis-Deputation hat den jährlichen Ertrag festzustellen. Bei Berech-  
nung des Durchschnitts werden abgezogen: 1) die darauf lastenden Abgaben,  
2) die beständigen Lasten, und 3) für Unterhaltung und Miethsausfälle u. 2  
Proz. Die übrig bleibende Ertragssumme soll mit 5 Proz. kapitalisirt und  
der Bauwerthsumme hinzugerechnet werden. Die Hälfte der Summe beider  
würde den Werth des Grundstücks darstellen und nur innerhalb der ersten  
Hälfte dieses Werthes eine Beleihung erfolgen können. Der Aushändigung  
der Darlehenssumme soll die hypothekarische Verpfändung zur ersten Stelle für  
das Amt und die Verpflichtung zur Erfüllung der Statuten vorangehen.

Das Amt hat die Innehaltung der staatsmännlichen Sicherheit zu über-  
wachen und zu diesem Behufe von 5 zu 5 Jahren eine bauliche Revision vor-  
nehmen und eine Durchschnittsberechnung unter Festhaltung gewisser Bedingun-  
gen aufstellen zu lassen. Der Schuldner soll mit den vertragmäßig stipulirten  
Zinsen 1/2 Prozent zur Kasse abführen und werden ihm diese Zahlungen, soweit  
sie nicht zur Deckung der Unkosten und Erhaltung des Miethsfonds zu verwen-  
den sind, mit Zins auf Zins zu Gute geschrieben in einem besonderen Amorti-  
sationskonto, dessen Betrag auch auf den Nachfolger im Besitz übertragen wer-  
den kann. Aus dem zu zahlenden 1/2 Prozent werden 10 Prozent zur Bildung  
eines Miethsfonds eingelegt, worüber der Magistrat auf Antrag des Amtes  
zu bestimmen hat. Auf Grund der ersten deponirten Hypothek  
werden Pfandbriefe in Apoints zu 1000, 500, 200, 100, 50 und 25 Thlern.  
ausgegeben. Die Pfandbrief-Schuld ist seitens des Pfandbrief-Inhabers  
nicht kündbar, das Amt kann aber eine sechsmonatliche Kündigung vornehmen.  
Die Pfandbriefe werden mit einem bestimmten Prozentsatze jährlich verzinst.  
Verschiedene Prozentsätze bilden verschiedene Serien der Pfandbriefe.

Breslau, 2. März. [Landwirthschaftliche Central-  
Aktien-Bank.] Nachdem im Laufe des vorigen Jahres  
die k. Ministerien für Handel, Landwirthschaft und das Innere die  
allerhöchste Genehmigung für den ihm eingerichteten Statutenent-  
wurf einer unter obiger Firma hier zu errichtenden Aktiengesellschaft  
in Aussicht gestellt hatten, sind jetzt mehrere der einflussreichsten  
Grundbesitzer unserer Provinz und einige der bedeutendsten Bank-  
häuser zu einem Gründungs-Komitee zusammengetreten und haben  
das Statut notariell vollzogen. Die Nothwendigkeit eines Selbst-  
instituts, das den berechtigten Interessen der Landwirthschaft dient,  
dürfte von allen Seiten anerkannt werden, und die Staatsaufsicht,  
welcher jede Aktiengesellschaft unterworfen ist, bürgt dafür, daß die-  
ser Zweck nie aus den Augen verloren werde, während die Mitwir-  
kung der Bankiers bei der Gründung eine Garantie dafür bietet,  
daß der Geschäftskreis der Bank weit genug gesteckt ist, um eine be-  
deutende und sichere Rentabilität zu versprechen.

Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß ein so nützlich und  
vorausichtlich rentables Unternehmen, wie das vorliegende, nur  
der Einführung von Vertrauen erweckenden Firmen bedarf, um von  
allen Seiten Aktienzeichnungen zu erhalten, zumal die Erfahrung  
der letzten Decennien bewiesen hat, daß die meisten Bankinstitute,  
mit oder ohne Notenemission, glänzende Resultate erzielt haben,  
und es wird daher wahrscheinlich das aufzubringende Kapital von  
vorläufig 1 Million Thaler eben so rasch überzeichnet werden, wie  
das vor einigen Tagen in Leipzig bei Gründung des Kassensvereins  
der Fall war, wo statt 1 Million in einem Tage 13 Millionen sub-  
skribirt wurden. (Bresl. Z.)

Kolberg, 1. März. Aus einem Schreiben, welches Professor  
Droyen hierher gerichtet hat, theilen wir Folgendes mit:

Die Verfassung des Norddeutschen Bundes ist durch große  
Ereignisse so vorbereitet und durch das gewonnene Einverständnis  
der sämtlichen Regierungen so weit entwickelt, daß sie jetzt gelin-  
gen kann. Sie muß gelingen, wenn nicht Preußen und Deutsch-  
land zum Gespött Europa's werden und in dem Moment, wo das  
Ausland zum ersten Male die Wucht Deutschlands empfindet, eine  
unermeßliche Machtchwächung erleiden soll. Der Entwurf, wie er  
vorliegt, enthält nicht Alles, was man wünschen und Einiges, was  
man nicht wünschen kann. Aber diese Punkte sind nicht von der  
Art, daß man dem Versuch, sie zu verbessern, das Gelingen des gan-  
zen Werkes opfern darf. Die Feinde Preußens und Deutschlands  
in dieser Versammlung — und ihrer sind genug — werden ihre  
ganze Kraft auf diese Punkte werfen, die Ultramontanen mit dem  
Verlangen nach größerer Freiheit, die Partikularisten mit dem der  
umfangreichen Vereinigung, beide mit den abstrakten Freiheitspre-  
digern der „Volkszeitung“ gemeinschaftlich mit dem Ruf nach der  
Reichsverfassung von 1849, es wird alles ankommen, um eine starke  
und feste Majorität entgegenzustellen. In dem Augenblick, wo die-  
ses Verfassungswerk fertig ist, haben wir Süd-Deutschland; der  
Zutritt der dortigen Staaten ist bereits weiter vorgeschritten als die  
Zeitungsberichte erkennen lassen und gewisse Punkte in dem  
Entwurf sind diesem Zutritt zu Liebe so lose gefaßt, wie sie jetzt da  
stehen. Mit seiner Annahme ist Deutschland bis auf die tiefstän-  
den östreichischen Lande geschlossen, stark, jedem Gegner gewachsen,  
hat man nur erst das Haus unter Dach, so läßt sich am Innern  
des so gegen Wind und Wetter geschützten Gebäudes ändern und  
fördern was nöthig ist. — Wer noch irgend einen Zweifel hat über  
„Annehmen oder Ablehnen“, der möge sich vergegenwärtigen, was  
erfolgen würde, wenn das Werk mißlänge. In furchtbarer Weise  
würde sich bewähren, daß das Bessere der Feind des Guten ist. An  
diesem Entwurf — aber nur an diesen — sind die sämtlichen Re-  
gierungen gebunden, die für diesmal dem Willen Preußens folgen  
müssen.

Die gütsherrliche Ausschließlichkeit Mecklenburgs, die versackte  
Selbstgefälligkeit der Sachsen, die systematisch betriebene Verblen-  
dung meiner sonst so verständigen Schleswig-Holsteiner, der tiefver-  
legte Welfenstolz der Hannoveraner lauert nur darauf, eine Grün-



dung zu zerbrechen die mit starkem und festem Zuge eine neue Zeit Deutschlands beginnt. Gelingt es ihnen, mit den Ultramontanen, den Polen und den Pseudo-Liberalen, welchen Staatlosigkeit und Machtlosigkeit für Freiheit gilt, also im Verein mit den entgegengegesetzten Prinzipien — so rollt der Sisyphusstein unserer deutschen Anstrengungen wieder einmal von der Höhe auf die er endlich hinaufgewälzt ist, hinab und wohl tiefer und zerstörender hinab als 1849. Dann ist Preußen nicht bloß eine Fehlgeburt, schwächer, sondern in seiner eigensten geschichtlichen Aufgabe gebrochen. Dann wird dem schon voll Eifer und Erbitterung lauenden Ausland sich leicht der Vorwand bieten, sich auf das umgeworfene, in wüster Parteilung zerrissene Deutschland zu stürzen, dann wird Destréich — nicht umsonst treibt Herr v. Beust mit aller Haft und mit allen Opfern das zerrissene Reich nur irgendwie zu konstituieren, — seine Revanche nehmen und sienehmend erstarken; dann geht die Rheinlande, es geht Schleswig-Holstein, es geht Posen und vielleicht Westpreußen über Bord. Und wir thörichten Deutschen werden wieder einmal in langer Ohnmacht und Schmach vergehen bereuen, daß wir um kleiner Dinge Willen Großes auf das Spiel setzten, daß wir unfähig sind, eine politische Existenz zu haben, weil wir das Wesen der Macht nicht begriffen, und wieder wie schon Jahrhunderte lang, ohne Macht frei sein zu können wägen; des Gelächers der Nationen rings umher nur zu würdig. — Wenn Sie mir die Ehre Ihrer Wahl gewähren, so werden Sie einen Vertreter haben und dem Vaterlande stellen, der durchaus nur dies eine Ziel verfolgt, daß das begonnene Werk zu Stande kommt. . .

Hannover, 3. März. In der Nacht zum 28. v. M. ist eine Militärpatrouille auf der Bult angefallen und auf dieselbe gefeuert worden, in der Nacht zum 2. März ist ein Erzeß gegen den am Schloßdurchgange stehenden Posten durch Steinwürfe verübt. In beiden Fällen haben die Angegriffenen von der Schusswaffe Gebrauch gemacht; ob Jemand verletzt worden, ist nicht bekannt. Die Polizeidirektion erklärt in den Zeitungen eine Verwarnung.

Aus Holstein, 1. März. Während alle deutschen Beamten, mit Ausnahme des Advokaten Kürschner (in Nendeburg), dem König Wilhelm den Guldigenbeid geleistet, treffen aus Nordschleswig fast täglich neue Nachrichten von Eidesweigerungen der dortigen dänischen Beamten ein, und bereits ist eine Reihe von Geistlichen und Juristen dieserhalb von ihren Ämtern suspendiert. Auch die Lehrer, von denen die dänische Regierung den Homagialeid nicht verlangte, werden jetzt zur Eidesleistung herangezogen. Sehr interessant ist eine Eingabe von Lehrern der nordschleswigschen Dorfschaft Grum an den Oberpräsidenten und die von diesem hierauf erteilte Antwort: Die Lehrer erbitten unter Bezugnahme auf Art. 5 des Prager Friedens einen Aufschub der Eidesablegung bis zur erfolgten Abtimmung, und erklären, falls die Regierung diese Bitte nicht berücksichtigen sollte, ihr Amt niederlegen zu müssen. Sie nehmen sich jedoch gleichzeitig die Freiheit, um Pensionierung zu bitten, und zwar in einer solchen Weise, daß die Familien, welche dann bis weiter brodeln geworden, nicht allzu große Entbehrungen zu ertragen haben. Der Oberpräsident hat hierauf erwidert, daß in naher Zeit an keine Abtimmung zu denken sei, sich daher jeder Einzelne in sein Schicksal zu finden habe. Was die von den Lehrern erhoffte Wiedervereinigung mit Dänemark anlangt, so sei das Privatsache jedes Einzelnen. Von einer Pensionierung könne selbstverständlich nicht die Rede sein. (Weil. Ztg.)

Sachsen. Dresden, 2. März. (Ein sächsischer Vandal.) Man hat neulich mit Entrüstung die Verhandlungen des französischen gesetzgebenden Körpers über die Polizeidienste gelesen, welche dort den Postbehörden angenommen worden waren und die so peinliche Sensation erregten, daß der Staatsminister Rouher das betreffende Circular des Oberpostdirektors desavouieren mußte. Wie schon öfter, brauchen wir nicht in die Ferne zu schweifen, denn gleich Schönes liegt uns nah. Glaubhaftem Vernehmen nach hat erst vor Kurzem ein sächsischer Justizbeamter von dem Postverwalter seines Orts eine Untersuchung der Postpakete darnach, ob dieselben etwa Exemplare einer ihm missfälligen Nummer der „Konstitution“ enthielten, verlangt, und als derselbe, wie natürlich, nicht darauf eingegangen war, ist dies Verlangen von Amtswegen erfolgt und ausgeführt worden! Der nicht rechtskundige Beamte handelte also gesetzlicher als der, welcher zur Aufrechterhaltung des Gesetzes bestellt ist; der unabhängig gestellte Richter ließ sich von einem abhängigen Verwaltungsbeamten beschämen. Aus Rücksichten unterlassen wir vor der Hand eine nähere Bezeichnung, sind aber selbstverständlich bereit, mit weiterer Auskunft zu dienen. (Konst. Z.)

Dresden, 3. März. Auf Anordnung des Kultusministeriums wird auch hier eine Bitte für die Reichstagsverhandlungen in das allgemeine Kirchengebet aufgenommen.

### Großbritannien und Irland.

London, 4. März, Morgens. Aus Newyork vom 2 d. M. Abends wird per atlantisches Kabel gemeldet: Der Präsident hat gegen die vom Kongreß beschlossene Bill, betreffend die Rekonstruktion der Südstaaten, sein Veto eingelegt. Trotz dieses Vetos hat der Kongreß in neuer Abstimmung die Bill angenommen. Eine Anleihe von 50 Millionen Prozentiger Certifikate ist beschlossen worden.

Nach Berichten aus Mexiko ist Kaiser Maximilian am 19. Februar mit 6000 Mann ins Feld gerückt und hat, in der Richtung nach Norden ziehend, der Armee des Generals Garvajal eine entschiedene Niederlage beigebracht.

Der Herzog von Edinburgh (Prinz Alfred), welcher mit der „Galatea“ von Plymouth nach Lissabon abgefahren ist, wird sich mehrere Monate im Mitteländischen Meere aufhalten und später eine Reise nach Australien, Indien, China und Japan antreten, so daß er etwa zwei Jahr im Auslande bleiben wird.

Das mythische Dunkel über die „fenische Invasion von Chester“ hat sich etwas gelichtet. Zu den Einzelheiten des fenischen Feldzugsplanes gehörte angeblich, neben der Erstürmung des Schlosses, die Zerstörung der Wasserleitung von Chester. Diese Enthüllung verdankte man keiner geringeren Autorität als der des Inspektors und Ingenieurs der Wasserleitungsanlagen. An dem schrecklichen Montag, an welchem die Armee der Fenier in Chester erschienen, melbten sich zwei Fremde bei diesem Beamten, und baten um Erlaubnis zur Besichtigung der Wasserwerke. Da der Inspektor jedoch instinktiv herausfühlte, daß seine Besucher Fenier seien, die unter der unschuldigen Maske wißbegieriger Reisender die Wasserleitung zu zerstören beabsichtigten, damit es bei der Nie-

derbrennung der Stadt, welche zur Illumination der Schlussszene dienen sollte, an Wasser zur Löschung der Feuersbrunst fehle, so wies er ihre Ansuchen zurück, und eilte auf das Stadthaus, um durch seine „Enthüllung“ dem etwas vagen Schrecken der Behörden einen bestimmten Anhalt und neue Nahrung zu geben. Bekanntlich wurde der fenische Sturm siegreich abgeschlagen, und es war daher nur natürlich, daß sich die geschlagenen Fenier jenen patriotischen Inspektor, der durch seine umsichtige Enthüllung so viel zur Vereitelung ihrer Pläne beigetragen, zum Zielpunkt ihrer Rache auswählten. In der Nacht vom Freitag auf den Sonnabend wurde sein Haus von drei Vermummten überfallen, welche ihn mit einem langen Messer in Stücke zu schneiden versuchten. Die grausame Rache gelang ihnen auch nur zu wohl. Der unglückliche Inspektor wurde für tot auf seiner Schwelle liegen gelassen, und die Missethäter entkamen, wie solche gewöhnlich zu entkommen pflegen. So lautete die schauerhafte Kunde, welche das kaum beruhigte Chester von Neuem alarmierte. Die Direktion der Wasseranlage hielt es für nötig, ihre Beamten zu schützen, und eine Untersuchung einzuleiten, um wo möglich den Mördern auf die Spur zu kommen. Wider Erwarten erholte sich der Ingenieur in einer Nacht so vollständig von seinen Wunden, daß er persönlich erscheinen und Zeugnis ablegen konnte. Gesicht und Kopf waren mit Pflastern und Binden nach allen Seiten hin verbunden, und der unglückliche Mann gewährte einen jammervollen Anblick. Leider aber wurde von seinen Vorgesetzten, die inzwischen Argwohn geschöpft hatten, weder auf die furchtbaren Bandagen, noch auf den als Beweistück vorgezeigten gräßlich zerhauenen Hut, noch auf die Versicherung des Ingenieurs, daß er unter den drei Vermummten einen seiner fenischen Gäste vom Montag genau erkannt habe, großes Gewicht gelegt. Vielmehr bestanden sie darauf, daß dem Patienten die Pflaster und Binden abgenommen wurden, und sahen so zu ihrem Erstaunen, daß sich keine Wunden darunter befanden, sondern einige leichte Schrammen, wie sie wohl von den Nägeln einer erzürnten Dame herrühren konnten, nicht aber von dem „langen Messer“ fenischer Mörder. Auch stellte sich nun wirklich heraus, daß der Inspektor einen thätlichen Streit mit einer nicht im besten Ruf stehenden Schönheit bestanden, und daß seine fenische Räubergeschichte von Anfang bis zu Ende erfunden war. Er wurde seines Amtes entsetzt.

In Accrington, einem Fabrikorte von Lancashire, sind vorgestern neun Kinder in der Schule ums Leben gekommen und mehr als hundert schwebten in höchster Gefahr. Unter dem Schulraume befand sich eine Korbflöckerei, wo auf unbekannte Weise ein Vorrath von Schilf in Brand gerieth. Der dicke und erstickende Rauch drang in das Schulzimmer hinauf, während die zu demselben führende Treppe abbrannte. Es wurden Keitern herbeigeholt, um die Kinder aus dem tödtlichen Qualme und vor den Flammen zu retten; neun aber, erst vier oder fünf Jahre alt, waren schon Leichen.

### Frankreich.

Paris, 2. März. Der Artikel der „Liberté“, worin Girardin laut und offen Dinge sagt, die man seit 1851 nur im Geheimen zu sagen pflegte, hat in Paris eine ungewöhnliche Sensation hervorgerufen. Die „Liberté“ wurde zu Tausenden und Tausenden verkauft, und seit man heute Morgen durch den „Konstitutionnel“ erfahren, daß Verfolgungen eingeleitet worden sind, hascht Alles nach dem Blatte, und die Nummer wird bis zu 10 Franken bezahlt. Die Stimmung in den Tuilerien ist selbstverständlich eine höchst aufgeregte, gereizte. Als man dort die „Liberté“ zu Gesicht bekam, wurde sofort ein außerordentlicher Ministerrath abgehalten. Zuerst wollte man noch von dem alten Preßgesetze Gebrauch machen und die „Liberté“ einfach „dekretlich“ unterdrücken. Die Ansicht, man solle das Blatt gerichtlich verfolgen, drang aber zuletzt durch. Der Prinz Napoleon, welcher gewöhnlich bei solchen außerordentlichen Fragen zu Rathe gezogen wird, war dieses Mal nicht zugegen. Man kennt seine Vorliebe für Emil de Girardin und befürchtete wahrlich seine Intervention zu Gunsten desselben. Unbekannt ist es noch, ob man trotz der Gereiztheit in den Tuilerien sehr energisch gegen Girardin vorgehen wird. Derselbe hat nämlich eine eigene Stellung: Er ist reich, hat viele Freunde, kann sich auf die Dienste stützen, die er den Bonapartes geleistet hat, und ist außerdem der Freund, wenn man will, der Protege des Prinzen Napoleon, und es wird daher schwer fallen, ihn als einen gewöhnlichen Journalisten zu behandeln. Uebrigens hat Girardin wieder den richtigen Augenblick zu ergreifen gewußt. Die „Indiscretion“, welche Rouher bezog, war nämlich wirklich eine Indiscretion. Er sagte den Franzosen: Der Kaiser ist ein höchst liberaler Mann, aber er glaubt, daß ihr unreif seid für ein freies Regime! Die Franzosen verlegte dies auf tiefste, und es giebt nur wenige unter ihnen, die nicht lieber gesehen hätten, daß der Kaiser etwas weniger weise wäre und etwas mehr an ihre Reife glaube. Girardin's Artikel war natürlich Del ins Feuer.

Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom 1. März. Die heutige Sitzung des gesetzgebenden Körpers war dem neuen Gesetze über den Elementarunterricht gewidmet, das, obgleich es des Guten viel enthält, doch in schlagender Weise darthut, wie weit Frankreich, was den öffentlichen Unterricht anbelangt, noch hinter Deutschland und manchen andern Ländern zurücksteht. Die Diskussion lehrte wiederum, welche große Vorrücktheil noch in dem aufgelaarten und civilisirten Frankreich herrscht. Die Mitglieder der katholischen Partei, wie Kolb-Bernard und Andere, donnerten gegen den Zwangsunterricht (sie wollen, daß es dem Familienvater überlassen bleibe, seine Kinder zu erziehen, wie es ihm quidiunk, und erklären es für einen Gewaltstreich, wenn der Staat dabei interveniren will) und für die vollstündige Unterrichtsfreiheit, wodurch sie den ganzen öffentlichen Unterricht in die Hände der Geistlichkeit zu bringen hoffen. Die Opposition erhob sich mit Ungeßüm gegen solche Prinzipien und verlangte, daß die Regierung den öffentlichen Unterricht ganz in die Hand nehme. Carnot, Unterrichtsminister im Jahre 1848, drang besonders darauf, daß die Elementarlehre eine Prüfung bestehen sollten. Hierdurch würden die Schulen, welche von der Geistlichkeit geleitet werden, hart betroffen, da der größte Theil der dort angestellten Lehrer und Lehrerinnen kaum etwas lesen und schreiben kann! Der Unterrichtsminister Duruy sprach in der heutigen Sitzung noch nicht. Man erwartet von ihm, daß er seine Meinung über die aus Lächerliche grenzende Lage des Volksunterrichts in Frankreich offen sagen wird. Der Mann hat guten Willen; er hat auch schon Manches gelehrt, aber es dürfte ihm wohl schwer fallen, mit seinen Ideen vollständig durchzudringen. Der Entwurf, welchen er jetzt vor die Kammer gebracht, ist ein großer Fortschritt; dieses ist wahr, aber wenn man ihn mit dem vergleicht, was in Norddeutschland, Süddeutschland und selbst in Destréich besteht, so kann man kaum begreifen, wie die Franzosen es wagen können, sich ein Volk zu nennen, das an der Spitze der Civilisation stehen will.

### Niederlande.

Der „Temps“ erhält heute, wie er sagt, von seinem wohl-

unterrichteten Haager Korrespondenten, Mittheilungen über den preußisch-holländischen Incidenzfall, deren Veröffentlichung er aus Raumrücksichten verschoben muß, die er aber in folgendem zusammenfaßt: Die Nachrichten, welche verbreitet wurden, enthalten viel Uebertriebenes, aber die Situation sei darum doch unverkennbar eine sehr ernste. Die Mittheilung, welche der niederländische Minister der Kammer in geheimer Sitzung gemacht hat, bezog sich auf ziemlich scharfe Noten, welche wegen der von der holländischen Regierung aus Anlaß der Minderpest ergriffenen Maßregeln von Berlin gekommen waren. Hr. v. Bismarck findet diese Maßregeln unzulänglich und hat die Eventualität eines hermetischen Blokus für Holland durchblicken lassen. Officiell beschränkte sich der Hergang hierauf. Aber es knüpften sich an den Schritt des Berliner Kabinetts Besorgnisse anderer, mehr politischer Natur. Der Korrespondent des „Temps“ glaubt nicht, daß Preußen das Recht verlangt, in Maestricht Garnison zu halten, aber er glaubt, daß es nicht die Schleifung dieser Festung zugeben wolle. Dazu treten nun noch die Frage wegen Luxemburgs und die Roquetterien Preußens mit Belgien. Wie dem auch sei, Holland rüstet seine Festungen, beschleunigt die Umwandlung seiner Gewehre und concentriert die verschiedenen Flottillen seiner Kriegsmarine.

### Italien.

Die Sensationsnachricht von dem französisch-italienisch-österreichischen Bündnisse taucht wieder auf. Die „N. B. Z.“ bringt auf Grund eines ihr aus Florenz „von sehr guter Seite“ zugegangenen Privat Schreibens die Mittheilung, daß dort häufige Konferenzen zwischen dem Minister des Aeußern und dem österreichischen Gesandten stattfinden; auch erwarte man täglich die Abreise des Kronprinzen Umberto nach Wien. Man versichert, es handle sich um eine zwischen Destréich, Italien und Frankreich abzuschließende Allianz. Die officiellen und officiösen Organe werden die Nachrichten von einer solchen voraussichtlich hartnäckig dementiren, sagt das genannte Blatt, „allein man erinnere sich der preußisch-italienischen Allianz, welche seiner Zeit auch lange genug dementirt wurde, nachdem sie längst abgeschlossen war.“

Das „Giornale delle Romagne“ berichtet über Garibaldi's Durchreise durch Bologna. An der Station wurde er von dem Arbeiterverein, der demokratischen Gesellschaft und der römischen Emigration mit fliegenden Fahnen empfangen, so wie von einer großen Volksmenge, die ihm zuzuckte. Auf eine Anrede des Professors Filopanti bezüglich auf die Befreiung von Rom antwortete Garibaldi, man müsse hoffen, diese auf durchaus geselligem Wege zu erlangen; die revolutionären Mittel müßten nur als ultima ratio bewahrt werden, wenn die anderen Mittel fehlschlügen. Später hielt Garibaldi vom Fenster seines Gasthofes aus eine Anrede an das versammelte Volk, worin er sagte:

„Ich und das Volk vom 8. August sind alte Bekannte. Wir haben etwas zusammen ausgerichtet. Es bleibt wohl noch etwas Anderes zu verrichten: die Befreiung von Rom; aber wir müssen vorziehen, sie auf friedlichem und geselligem Wege zu erlangen. Damit dies geschehe, wählet ins Parlament solche Leute, welche uns nach Rom gehen lassen, wie nach unserm eigenen Hause, welches es ist, und welche mehr die Interessen des Volkes im Herzen tragen, als die der Priester. Mögen diese sich begnügen, daß sie zu leben haben, und möge man die Millionen, welche man dem Dumonceau geben will, lieber verwenden, um armen Arbeitern Arbeit zu geben. Vor Allem denkt daran, daß ihr eure Stimmen nicht denen gebt, welche die ihrigen immer zu Gunsten der Priester abgegeben haben.“

### Spanien.

Der Infant Don Enrique erklärt in einem Briefe an die „France“, daß die Nachricht, er würde seinen Ehrenposten neben der Königin wieder einnehmen, falsch sei, er schreibt:

„Zwei den Grundlagen der Freiheit, welchen ich während meines ganzen Lebens angehangen habe, kann ich nicht zugeben, daß mein Ehrenplatz gegenwärtig der sei, wo ausgezeichnete Spanier die Opfer der gewaltthätigen Reaktion geworden sind, und wo die Herrschaft der Proskription und des Schreckens an die Stelle der geheiligten Rechte und der wesentlichsten Garantien der Konstitution getreten sind. Ich habe Spanien verlassen, entschlossen, eher Alles zu opfern, selbst die Zukunft meiner Kinder, und in der Fremde zu leben, als und vergessen in meiner Zurückgezogenheit, als durch meine Gegenwart in Madrid so beklagenswerthe Handlungen scheinbar gutzuheißen. Zuwartend, bis diese Lage, welche so peinlich für mein Vaterland ist, aufhören werde, ist heut mein Ehrenplatz in Frankreich, der großmüthigen und gaffreien Nation.“

### Rußland und Polen.

Aus Polen, 28. Februar. In der Majoratsherrschafft Chelmino, Legzyer Kreises, bestanden bisher auf vier Dörfern Schulen, die der Majoratsherr errichtet hatte und deren Unterhaltung einschließlich der Besoldung der Lehrer auch seit fünfzehn Jahren von ihm bestritten wurde. Da durch die Ablösung des Majorats über die Hälfte des bisherigen Einkommens verloren hat, will der Majoratsherr die Schulen nicht weiter aus seiner Tasche allein unterhalten und es sollten die sehr begünstigten und meist wohlhabenden Bauern dazu beitragen; allein diese weigern sich und da die Regierung in der Sache nichts thut, so sind diese Schulen vom 1. Januar ab gänzlich eingegangen.

Von den Mönchen aus den aufgehobenen Klöstern haben sich bis jetzt nur zwei geeignet gefunden, an einer Elementarschule als Lehrer verwendet zu werden. Den meisten dieser Leute geht die nöthige Vorbildung ab.

### Schweden und Norwegen.

Stockholm, 3. März, Abends. Von sehr gut unterrichteter Seite wird auf das Bestimmteste versichert, daß die Aeußerungen, welche König Karl in einer Soirée der Königin-Wittve über das Legimitätsprinzip und dessen Anwendung in neuester Zeit gemacht haben soll, vollständig erdichtet sind.

### Vom Reichstage.

(6. Sitzung vom 4. März.)

Eröffnung 11<sup>1</sup> Uhr. Die Tribünen sind gefüllt. Am Tische der Bundeskommissarien Graf Bismarck, v. d. Heydt, v. Roon, Graf v. Tscherning und einige andere Bevollmächtigte der Norddeutschen Bundesstaaten. — Die Plätze der Schriftführer sind im Anfang der Sitzung leer.

Präsident Simon theilt mit, daß die drei Präsidenten in Gemeinschaft mit den provisorischen Schriftführern das Resultat der am Sonnabend vorgenommenen Schriftführerwahl festgesetzt haben. Es haben erhalten die Abgg. Forkel 179 Stimmen, v. Unruh-Bomst 174, v. Kleinsorgen 173, Delius 169, v. Schöning 167, v. Wurmb 167, Graf Baumbach 163, Dr. Falk 144 und somit zu Schriftführern gewählt.

Der Präsident fordert die Abgg. Delius, Forkel, Falk und v. Kleinsorgen auf, für diese Sitzung als Schriftführer zu fungiren, und theilt mit, daß die Mittheilung über das Wahlergebnis und die erfolgte Konstituierung des Hauses an das Bundespräsidium erstattet worden sei; und macht sodann noch folgende Mittheilungen:

Neu eingetreten in das Haus sind die Abgg. Pannier (zweite Abtheilung),



v. Below (dritte Abtheilung), v. Jachowski (vierte Abtheilung), Rückert (fünfte Abtheilung), Freiherr v. Rabenau (sechste Abth.), Wegner (siebente Abth.).

Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin hat zu seiner Vertretung bei den Verhandlungen des Reichstages bevollmächtigt den Ministerpräsidenten v. Dergin und den Staatsrath Wegel. — Der Präsident ernannt sodann zu Quästoren die Abgg. v. Querswald und Kismann.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten, deren erster Gegenstand die Entgegennahme der Vorlagen der verbündeten Regierungen ist.

Präsident der Bundeskommissionen Graf v. Bismarck: Im Auftrage der hohen verbündeten Regierungen habe ich die Ehre, den Entwurf einer Bundesverfassung vorzulegen, wie er zwischen den Regierungen vereinbart worden ist. Ich füge dem Entwurfe bei eine authentische Ausfertigung der Verträge, auf welchen bisher die Konstitution des Bundes beruhte, so wie die Protokolle der Konferenzen, in welchen der Verfassungsentwurf zwischen den Regierungen vereinbart worden ist. Indem ich die Vorlage der Beschlussnahme der hohen Versammlung unterbreite, enthalte ich mich der Rede, mit welcher der König, mein allerhöchster Herr, die Sitzungen des Reichstages eröffnet hat, etwas hinzuzufügen. Nur auf einen Umstand möchte ich aufmerksam machen. Im Art. 6 des vorläufigen Bündnisses zwischen den Regierungen vom 18. August v. J. ist die Dauer des Bündnisses festgesetzt bis zum Abschlusse der neuen Bundesverfassung, event. auf 1 Jahr, wenn die Bundesverfassung vor Ablauf eines Jahres noch nicht abgeschlossen sein sollte. Ich will mir nicht erlauben, die Situation näher ins Auge zu fassen, in welche Deutschland gerathen würde, wenn bis zum 18. August d. J., also 5<sup>ter</sup> Monat von heute an gerechnet, unser Werk nicht zum Abschlusse gelangt wäre. Ich erlaube mir hierbei noch auf einen Umstand aufmerksam zu machen. Es ist Ihnen Allen bekannt, daß die Landtage der verbündeten Staaten oder wenigstens manche unter ihnen sich ausdrücklich vorbehalten haben, das Resultat unserer Vereinbarungen ihrem Beschlusse zu unterbreiten; deshalb müssen sofort nach dem Schlusse des Reichstages die Landtage der 22 verbündeten Staaten einberufen werden. Es ist nun dringend wünschenswerth, daß auch diese Phase der Entwicklung abgeschlossen wird, bevor der 18. August eintritt. Auch in diesem Moment liegt eine Aufforderung zur Beschleunigung unserer Arbeiten. Die Beziehungen zu Süddeutschland, so weit sie einem Jeden von uns mehr oder weniger ausgebildet vorschweben, werden durch einen raschen und entschiedenen Beschluß im Norden gefördert werden. Das Vertrauen im Süden und die Mäßigung zum Anschlusse an die Norddeutschen Bundesstaaten wird gefördert werden, wenn sie im Süden sehen, daß wir rasche Schritte nach dem Ziele hin thun und, daß sie die Erreichung dieses Zieles in nahe Aussicht nehmen können. Auch nach dieser Richtung hin liegt eine Aufforderung zur Beschleunigung der Arbeiten und zur baldigen Verständigung über die Punkte vor, wo Meinungsverschiedenheiten obwalten. Es liegt ohne Zweifel etwas in unserem National-Charakter, was der Einigung von ganz Deutschland widerstrebt; sonst würden wir sie nicht verloren, oder wenigstens bald wiedergewonnen haben. Wenn wir zurückblicken in die Zeiten der Größe Deutschlands unter den Kaisern, so finden wir, daß in keinem anderen europäischen Lande in dem Maße die Wahrheitsliebe vorhanden war, die nationale Einheit zu erhalten, wie in Deutschland. Schauen wir uns um, von dem großen russischen Reiche bis zu den despotischen arabischen politischen Gebilden, so sehen wir, daß Deutschland vor allen Staaten die größte Wahrheitsliebe hatte, einzig zu werden. Was ist nun wohl der Grund, daß die Einheit verloren, und wenn verloren, nicht wiedergewonnen worden ist? Es ist, wenn ich es mit einem Worte bezeichnen soll, derselbe Ueberdruß an mährlicher Selbstständigkeit und Unabhängigkeitsgefühl, welcher in Deutschland die Einzelnen, die Gemeinden und Stämme veranlaßt, sich am liebsten auf die eigene Kraft zu stützen. Es ist der Mangel an jeder Gefügigkeit der Einzelnen, zu Gunsten des Gemeinwesens von den Privatinteressen etwas nachzulassen, was allein in den Stand setzen kann, die Wohlthaten der Einheit zu erlangen. Die hohen verbündeten Regierungen haben Ihnen, m. H., hierin ein gutes Beispiel gegeben. Fast alle ohne Ausnahme haben auf die Ausführung mehr oder weniger berechtigter Wünsche verzichtet. Führen auch wir den Beweis, daß wir die Erfahrungen einer 600jährigen Geschichte beherzigen und nach dem, was wir selbst erlebt haben, die Lehren zu Herzen nehmen, die wir aus den verfehlten Versuchen von Frankreich und Etrurien ziehen können. Das Mißlingen dieser Versuche hat in Deutschland einen Zustand der Unzufriedenheit hervorgerufen, der 10 Jahre lang bestanden hat und nach der Katastrophe des vorigen Jahres nach irgend einer Seite hin zum Abschlusse kommen muß. Das deutsche Volk hat ein Recht dazu, zu erwarten, daß die Wiederkehr einer solchen Katastrophe verhindert werde und ich darf wohl die Hoffnung aussprechen, daß Ihnen in Verbindung mit den verbündeten Regierungen nichts mehr am Herzen liegt, als diese gerechte Erwartung des deutschen Volkes zu erfüllen. (Beifall.)

Präsident Simon schlägt vor, die Vorlagen mit möglicher Beschleunigung drucken zu lassen und erst dann, wenn sie sich in den Händen aller Mitglieder befinden, über die geschäftliche Behandlung derselben zu beschließen.

Abg. v. Vinde: Wir kennen den Verfassungsentwurf bereits aus den Zeitungen, und ich diese Publikation unwidersprochen geblieben. Neu sind uns nur die Protokolle der Konferenz der Bevollmächtigten. Wir können daher sehr wohl schon heute über die geschäftliche Behandlung des Entwurfs schlüssig werden, zumal die von dem Abg. Lasker eingebrachte Geschäftsordnung eine sehr gründliche Beratung desselben in ihren §§. 20 und 22 ermöglicht, zunächst eine allgemeine und später eine spezielle. Ich trage daher mit Rücksicht auf diese Bestimmungen darauf an, schon heute über die geschäftliche Behandlung der Vorlage Beschluß zu fassen.

Präsident Simon: Ich bin im Augenblick nicht im Stande den Wortlaut der Vorlage mit dem der Zeitungen zu vergleichen, bin aber der Meinung, daß die Beschlüsse dieser hohen Versammlung auf Grund des officiellen Textes zu erfolgen haben.

Abg. Schulze (Delitzsch): Wir können doch nicht Beschlüsse fassen mit Rücksicht auf eine Geschäftsordnung, die noch gar nicht beraten ist und also noch eine Gültigkeit hat. — Abg. Scherer ist derselben Meinung. — Abg. v. Bismarck: Ich gehe durchaus nicht von der Voraussetzung der bereits erfolgten Annahme der Laskerschen Geschäftsordnung aus, sondern für meinen Antrag genügt bereits die provisorisch geltende Geschäftsordnung des preussischen Abgeordnetenhauses, die vollkommen ausgereicht hat, um die Behandlung des Staatshaushaltszuges zuzulassen, wie sie im Jahre 1866 stattgefunden hat. Dieselben Formen treffen für den Verfassungsentwurf zu. — Abg. v. Sagarle wünscht auch erst den Druck abzuwarten und empfiehlt den Vorschlag des Präsidenten.

Minister Graf v. Bismarck: Die Bedeutung der den Verfassungsentwurf begleitenden Beilagen wird wohl von mancher Seite überschätzt. Die Motive zu demselben sind in der Geschichte und in den Erfahrungen der letzten Jahre zu finden; die Protokolle lassen sich ihrem meritorischen Inhalte nach in etwa 10 Minuten übersehen. Sachdienlich ist das Schlußprotokoll von wesentlicher Bedeutung, indem einige Bedenken verbündeter Regierungen darin niedergelegt sind, von denen sie annehmen, daß sie im Reichstage zur Erledigung kommen werden. Was die Identität zwischen dem vorgelegten Text des Verfassungsentwurfs und der Publikation in den Zeitungen betrifft, so können vielleicht Abweichungen im Druck durch die Korrektur entstanden sein. Richtig war der Entwurf, als die Veröffentlichung erfolgte und es ist seitdem nichts an ihm verändert worden.

Abg. Lasker macht auf die Unterschiede seiner und der provisorisch geltenden Geschäftsordnung aufmerksam, die es nicht gleichgültig macht, ob das Haus sich schon heute schlüssig macht oder erst dann, wenn die Frage der Geschäftsordnung erledigt ist.

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden): Wir bewegen uns hier in einem circulus vitiosus, und die Frage ist, ob wir mit Feststellung der Geschäftsordnung begnügen müssen oder schon vorher über die Behandlung der Vorlage entscheiden dürfen. Ich bin der ersteren Meinung und möchte die letztere Entscheidung bis dahin vertagen, daß die Geschäftsordnung festgesetzt ist, ohne mir deshalb den Vorwurf der Verzögerung unserer Arbeiten zuzuziehen, die auch ich um Alles vermeiden möchte (Zustimmung). Ich hätte nichts dagegen, daß wir es bei der provisorisch geltenden Geschäftsordnung dauern belassen, wenn sie nur auf Vorlagen, wie die uns vorliegende, eingerichtet wäre. Aber die spezifische Natur und der Charakter derselben lassen dies nicht zu. Wir thun daher besser, diese ganze Diskussion abzubrechen und erst über die Behandlung der beantragten Geschäftsordnungen schlüssig zu werden. Beschließt das Haus die Form der Vorberatung über dieselben, so wäre ich ganz dafür, daß die vorgelegten neuen Geschäftsordnungen sich in Amendements zu einigen Paragraphen der provisorisch geltenden verwandeln, da einige wenige Zusätze zu derselben im Interesse des vorgelegten Verfassungsentwurfs geboten sind.

Präsident Simon: Ich erlaube mir den Herrn Vorredner darauf aufmerksam zu machen, daß wir in diesem Augenblick nicht ohne Geschäftsordnung sind.

Abg. Dr. Braun (unterbrechend): Ich erkenne das an.

Präsident Simon: Der verehrte Herr hat nicht um das Wort gebeten.

Abg. v. Sybel: Die Äußerungen der Abgg. Lasker und Braun haben mich von jedem Bedenken gegen den Antrag des Abg. v. Vinde befreit. Mag

die Frage der Geschäftsordnung in einer Kommission, in der Vorberatung des ganzen Hauses oder in Schlußberatung behandelt werden, jedenfalls können zu jedem Paragraphen derselben Amendements eingebracht werden und ich bin zweifelhaft darüber, ob die Kraft der Thatsachen für alle Mitglieder des Hauses stark genug ist, um es gegen die profunde Behandlung der Formfragen und die Vertiefung in dieselben zu schützen. Auch nach §. 16. der alten, provisorisch geltenden Geschäftsordnung würden immer noch vier Tage hingehen, bis das Haus nach Ausheilung der Druckfehler über die Behandlung ihres Inhalts beschließen kann.

Abg. v. Gottberg empfiehlt dem Hause über den Verfassungsentwurf der provisorischen Geschäftsordnung gemäß in Vorberatung zu treten und Abg. v. Vinde tritt seiner und der Meinung v. Sybels bei, indem er absehend von der Laskerschen Geschäftsordnung die Vorberatung im Plenum auf Grund der provisorisch geltenden empfiehlt.

Abg. Graf Schwerin warnt vor einem unpraktischen Verfahren, bei dem das Haus acht Tage verlieren würde. Verfährt es nach dem Vorschlage des Präsidenten, so erspart es wenigstens vier davon.

Abg. Dr. Braun: Ich weiß allerdings, daß wir eine Geschäftsordnung haben und habe den Blick in die Zukunft nur deshalb geworfen, um zu zeigen, daß auch mit der Voranstellung der Entscheidung über die Behandlung der Geschäftsordnung kein Zeitverlust verknüpft ist.

Die Abgg. Grumbrecht und Harnier treten dem Vorschlage des Präsidenten bei.

Abg. Windhorst: Auch ich will die Verhandlungen des Hauses beschleunigen, aber sie nicht überhastigen. Auf der heutigen Tagesordnung steht als erster Gegenstand: „Entgegennahme der Vorlagen der verbündeten Regierungen“. Die Entgegennahme ist erfolgt und damit der Gegenstand erledigt. Ich bin nicht so glücklich wie die verehrten Herren aus Preußen, in solchen Fällen sagen zu können: „das ist bei uns so hergebracht“, und zugleich über etwas zu verhandeln, was nicht auf der Tagesordnung steht, nämlich über die geschäftliche Behandlung der entgegengenommenen Vorlagen.

Präsident Simon repliziert dahin, daß das Haus mit dieser Diskussion von seiner Tages- und Geschäftsordnung nicht abweiche.

Die Debatte wird geschlossen. Abg. Dr. Braun zieht einen von ihm eingebrachten besonderen Antrag zurück und das Haus beschließt auf den Vorschlag seines Präsidenten den Beschluß über die geschäftliche Behandlung des Verfassungsentwurfs auszusprechen, bis derselbe nebst Schlußprotokoll gedruckt und in den Händen der Mitglieder ist. Damit ist der Antrag des Abg. v. Vinde erledigt.

Der zweite Gegenstand der T. O. ist die geschäftliche Behandlung der von den Abgg. v. Arnim (Heinrichsdorf) und Lasker eingebrachten Geschäftsordnungs-Entwürfe.

Abg. Graf Schwerin beantragt, über dieselben in Schlußberatung einzutreten und kündigt für den Fall, daß dieser Antrag genehmigt wird, seinerseits den (dritten) Antrag an über beide Geschäftsordnungs-Entwürfe (v. Arnims u. Laskers) zur Tagesordnung überzugehen, ohne zur Zeit in die Beratung derselben einzutreten und die bisher schon provisorisch geltende Geschäftsordnung des preussischen Abgeordnetenhauses für die Dauer der Session zu genehmigen.

Abg. v. Arnim (Heinrichsdorf): Ich habe meinen Entwurf zurückziehen wollen und heute mit dem Abg. Lasker darüber konferirt, daß er dasselbe thun möge. Da er aber dazu nicht Willens ist, so bleibt mir nichts übrig, als an meinem Entwurf festzuhalten. Ich empfehle die Ueberweisung beider Entwürfe an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Abg. Graf Schwerin: Mein Antrag ist durch die Sachlage motivirt, welche der Minister Graf Bismarck heute so betont hat. Der Vorredner hat Verweisung an eine Kommission empfohlen, der Präsident empfiehlt Vorberatung im Hause, ich empfehle Schlußberatung im Hause. Wir sind jetzt acht Tage versammelt und es gab wohl nie eine Versammlung, auf die man außerhalb Deutschlands mit solcher Aufmerksamkeit geblickt hat. Steht sie noch länger an, wegen Formfragen an ihre große Aufgabe heranzutreten, so leidet ihre Würde und ihr Ansehen. Mögen immerhin bei der Beratung des Verfassungsentwurfs die Geister auf einander plagen, mögen alle seine einzelnen Bestimmungen genau erörtert werden: man wird dann vielleicht sagen, die Deutschen sind wieder einmal gründlich gewesen, aber sie sind es dann einer großen Aufgabe gegenüber gewesen. Aber ein weiterer Aufschub muß nach Außen einen so peinlichen Eindruck machen, daß ich an meinem Theile die Mitschuld daran nicht tragen mag. Auch gestattet die Geschäftsordnung des preussischen Abgeordnetenhauses die größte Gründlichkeit in der Beratung des Verfassungsentwurfs.

Abg. Lasker: Obwohl ich in einem empfindlichen Nachtheil versetzt werde, wenn hier auf meinen Geschäftsordnungs-Entwurf schon jetzt fastlich eingegangen, während doch erst seine Behandlung in Frage steht, so will ich doch erst auf ein näheres Eingehen zu seinen Gunsten verzichten. Ich empfehle mit dem Präsidenten des Hauses die Form der Vorberatung im Hause, die schon morgen beginnen kann. Der Entwurf des Abg. v. Arnim weicht in vielen Stücken von der Geschäftsordnung des Hauses der Abgeordneten wesentlich ab, der meine nur in einigen wenigen Punkten, um die Arbeit der Prüfung des Verfassungsentwurfs zu fördern. So ist die Verweisung an die Kommission zwischen der Vorberatung und der Schlußberatung eingeschoben, damit das Haus nicht gleich im ersten Stadium mit einer Amendements-Fluth überschwenmt werde. Beginnen wir die Vorberatung im Hause über die Geschäftsordnung morgen, so werden wir in etwa fünf Tagen sein, ob wir mit einigen Abänderungen zu der vorhandenen Geschäftsordnung ausreichen und ich werde dann der erste sein, der seinen Entwurf zurückzieht.

Abg. v. Hennig: Die Vorberatung ist der kürzere Weg, da wir sie sofort beschließen können, während der Antrag des Grafen Schwerin erst gedruckt werden und sich vier Tage in den Händen der Mitglieder befinden muß. Die Anträge der Abgg. Lasker und v. Arnim sind aber bereits gedruckt in Aller Besitz. Beginnen wir die Vorberatung morgen, so können wir übermorgen mit den Amendements fertig werden. Für die Annahme eines so wichtigen Gesetzes, wie der Verfassungsentwurf ist, ist es unerlässlich, daß das Haus im Besitz einer definitiven Geschäftsordnung sei und nicht auf Grund einer provisorischen arbeite.

Abg. Zweifeln ist derselben Meinung, obwohl er sich, wie der Abg. von Sybel, nicht in Formfragen zu vertiefen und in ihnen zu verlieren gedenkt; aber die Bestimmungen des Laskerschen Entwurfs, betreffend die Bestimmung der Rednerliste und die Beratungsstadien seien von formellem und sachlichem Einfluß auf das Ergebnis der Prüfung des Verfassungsentwurfs.

Abg. Michalis: Die bindenden Formen für unsere Willensäußerung und Beschlußfassung sind nicht gleichgültig und die Bestimmungen der provisorisch geltenden Geschäftsordnung genügen nicht dem Zweck einer Versammlung, die nicht einzelne Gesetzentwürfe, nicht ein Budget zu beraten, sondern eine Verfassung zu vereinbaren hat. Ihre §§. 20–22 müssen demgemäß nach dem Laskerschen Entwurf abgeändert werden, der außerdem auch die wichtige Bestimmung enthält, daß bei der Wahl zu Kommissionen die Mitglieder der Abtheilungen sich nicht auf dieselben zu beschränken brauchen. Mit dem Uebergang zur Tagesordnung werden unsere Arbeiten nicht beschleunigt, er schützt nicht dagegen, daß der Verfassungsentwurf an eine Kommission verwiesen und seine Prüfung unbekannt hinausgeschoben wird.

Abg. Graf v. Eulenburg erklärt sich in erster Reihe für den Antrag des Abg. v. Arnim, in zweiter für den des Grafen Schwerin. Vorhandene Schwierigkeiten müsse man thatsächlich vermeiden, nicht durch Resolutionen. Sonst gerathe man in die Situation, daß man über den Verfassungsentwurf nach der einen Geschäftsordnung beschließen habe und hinterher mit der andern fertig werde. Die Frage ist nicht gleichgültig, vielmehr sehr wichtig.

Abg. v. Gerber tritt dem Antrage des Grafen Schwerin mit Entschiedenheit und unter wiederholtem Beifall bei. Es handelt sich, sagt er, darum, das öffentliche Vertrauen in Deutschland zu gewinnen und das werden wir in dem Maße, als wir über formelle Fragen weggehen — das wird man uns nachsehen — und an unsere große Aufgabe selbst herantreten. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Rix tritt ihm bei. Abg. Graf Schwerin warnt davor, daß das Haus sich nicht in unabhägliche Formfragen verliere, wie es unvermeidlich sei, wenn ihm nicht die Spezialdiskussion über die vorliegenden Geschäftsordnungs-Entwürfe abgeschnitten werde.

Die Diskussion wird geschlossen und bei der Abstimmung der Antrag des Grafen Schwerin auf Schlußberatung angenommen. Damit sind die Anträge der Abgg. v. Arnim und Lasker (Kommission, resp. Vorberatung im Hause) erledigt.

Präsident Simon ernannt zum Referenten den Abgeordneten Kannigier, zum Korreferenten den Abg. Graf Bethusy-Huc.

Letzter Gegenstand der Tages-Ordnung ist die Berichterstattung über Wahlprüfungen.

Namens der ersten Abtheilung erstattet der Abg. Graf Bethusy-Huc Bericht. Er beantragt, die Wahlen der Abgg. v. Minchhausen, Hofius, Stavenhagen und Dr. Freytag für gültig zu erklären; das Haus beschließt demgemäß. — Segen die Wahl des General v. Steinmetz im 6. Frankfurter Wahl-

bezirke, welche mit bedeutender Majorität, mit 12,344 von 16,605 Stimmen erfolgt ist, sind mehrere Proteste eingegangen. Einer dieser Proteste ist freilich ganz unerheblich, da er sich nur auf einen Wahlbezirk bezieht und über formelle Verstöße sich beschränkt. Eine zweite Gruppe von Protesten behauptet indessen, daß ungesetzmäßige Beeinflussungen stattgefunden haben. Es handelt sich zunächst darum, daß die Stimmzettel, die zu Gunsten des General v. Steinmetz auf dem Lande abgegeben wurden, aus auffällig grauem Konzeptpapier bestanden. Dann aber war auch ein Wahlerlaß des Landraths v. Rheinbaben im Kreisblatt erschienen, in welchem auf die Wichtigkeit der Wahlen aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen wurde, daß nur durch ein Zusammengehen des Reichstages mit der Regierung das Werk der Einheit gefördert werden könne, und daß, wenn die Opposition siege, große Gefahren über das Vaterland heraufbeschworen werden würden. Deshalb sei es Pflicht, einen Freund der Regierung zu wählen. Sämmtliche Vertrauensmänner (der konservativen Partei) hätten sich für den General v. Steinmetz entschieden und sei zu hoffen, daß dessen Wahl mit großer Majorität erfolgen werde. Man solle sich durch die Mittel, welche der Gegenkandidat, der als Feind der Regierung im Abgeordnetenhaus sich gezeigt habe, für seine Wahl ammenen möchte, in seiner Pflicht gegen König und Vaterland nicht beirren lassen und seine Schuldigkeit durch die Wahl des obenbezeichneten Seldten thun. Der Landrath von Rheinbaben schließt seinen Wahlerlaß: diese Verfügung ist in den Gemeinden vorzulegen und haben die Herren Gensdarmen dieselbe zu kontrolliren und über die Nichtbefolgung Bericht zu erstatten.

Referent Abg. Graf Bethusy-Huc bemerkt: Die Abtheilung sei der Meinung, daß der Landrath von Rheinbaben seine Befugnisse überschritten habe und sie beantrage, von diesem Wahlerlaß der königlichen Staatsregierung Kenntniß zu geben, die Wahl selbst aber für gültig zu erklären. — Das Haus erklärt ohne weitere Debatte die Wahl des General v. Steinmetz für gültig. Namens der II. Abtheilung referirt der Abg. Dr. Riebel (Brieg); die Wahlen der Abgeordneten v. Wernsdorf, Franz (Heiligenstadt) und Jüngling werden ohne Debatte für gültig erklärt.

Für die III. Abtheilung erstattet der Abg. v. Unruhe-Bomst Bericht. Ohne Debatte werden für gültig erklärt die Wahlen der Abgeordneten v. Zagow, v. Arnim-Kröschendorf, Kunge, v. Treskow, v. Sanger (Grabowo), v. Beerfeld, Wagener und v. d. Goltz. — Bei der Wahl des Abgeordneten v. Pogge-Blankenhof haben sich 2388 Wahlberechtigte im Fürstenthum Rügenburg, das zu Mecklenburg-Strelitz gehört, der Wahl enthalten, weil §. 2 des in Mecklenburg-Strelitz publicirten Wahlregulativs anordnet, daß nur Mecklenburger zur Wahl berechtigt seien, Rügenburg aber in Mecklenburg-Strelitz nicht einverleibt, sondern nur durch Personalunion demselben verbunden sei. In der Abtheilung wurde festgestellt, daß diese Angabe richtig sei, zugleich aber darauf hingewiesen, daß in §. 7 des Regulativs Rügenburg ausdrücklich genannt worden. Sedenfalls berühre dieser Protest nicht das Wahlergebnis selbst. Wenn man den 10,946 gültigen Stimmen jene 2388 zuzähle, so habe der Abg. Pogge, da er 7799 Stimmen erhalten habe, immer noch 1131 über die absolute Majorität erhalten.

Die Abtheilung beantragt demnach die Gültigkeitserklärung seiner Wahl. — Abg. Biggers (Berlin) führt zur Entscheidung der Rügenburger, auf die im übrigen gewiß kein staatsrechtliches Attentat beabsichtigt worden sei, den Umstand an, daß die mecklenburg-schwerinsche Regierung auf die Anfrage, ob man auch einen Mecklenburg-Strelitzer wählen dürfe, den Bescheid ertheilt habe: Im Wahlregulativ stehe, daß bloß ein Mecklenburger gewählt werden dürfe, also könne in Mecklenburg-Schwerin bloß ein Schweriner, und kein Strelitzer gewählt werden (Große Heiterkeit). — Nach einer Bemerkung des Abg. Widacelis, daß die Protestierenden ganz denselben Effekt erzielt haben würden, wenn sie ihr Wahlrecht ausgeübt und dann protestirt hätten, als jetzt, wo der Protest unter Verzicht auf ihr Wahlrecht erfolgt sei, wird die Wahl des Abg. v. Pogge für gültig erklärt.

Für die vierte Abtheilung referirt der Abg. v. Kehler. Die Wahl des Abg. Bries wird ohne Debatte für gültig erklärt. — Als die Wahl des Abg. v. Bethmann-Hollweg zur Sprache kommt, nimmt der Abg. Wlotz das Wort, um den Antrag zu stellen, dieselbe in die Abtheilung zurückzuweisen, und zwar auf Grund von Thatsachen, denen er eine kurze Vorberathung vorausschicken wolle. Zwischen den Wahlen in allen anderen Ländern und Provinzen und denen im Großherzogthum Posen bestehe ein merkbare Unterschied. Anderswo handle es sich in den Ländern des Norddeutschen Bundes um die Gegenseite: Großdeutsche oder Partikularist, Liberaler oder Konservativer, im Großherzogthum Posen bloß um den des Deutschen oder Polen und um den Beweis beizubringen, daß Posen ein deutsches Land sei. Hohe Verwaltungsbeamte hätten offen ausgesprochen, daß, um Deutsche zu wählen, alle Mittel gerecht seien. (Auf: Namen!) Redner werde den Namen nennen, doch habe er jetzt noch das Bedenken, daß ihm der Wohnort eines Zeugen unbekannt sei. In diesen Mitteln, deutsche Wahlen durchzuführen, hätte sich ein Theil der Behörden und ein Theil der Einwohner überboten. Noch müsse erwähnt werden, daß, wenn auch die polnische Landbevölkerung überwiegend sei, doch die großen Güter oft in deutschen Händen sich befänden. Zu der Agitation, die durch Distriktskommissarien und Gensdarmen betrieben, komme also auch die durch Wirtschaftsbearbeiter und Inspektoren. — Redner geht nun zu den Thatsachen über (Auf: Lauter), unter denen er hervorhebt, daß ein Wirtschaftsbearbeiter an der Thür des Wahllokals erklärt habe: er werde Niemand mit polnischen Zetteln einlassen. Ein anderer habe die polnischen Zettel weggenommen und deutsche dafür gegeben. Polnische Wähler seien aus dem Dienste entlassen worden. Einem Polen sei sein Zettel abgenommen und dafür ein deutscher in die Urne gethan, während er bedauert worden: nun könne er gehen. Ein Gensdarm habe gesagt: Ihr wollt wohl unter russische Herrschaft kommen? Ein Anderer: Ihr werdet doch nicht Polacken wählen? hier ist ein deutscher Katholik, den wählt! — Redner erklärt, es sei ihm nichts daran gelegen, Herrn v. Bethmann zu verdrängen, aber er habe konsistiren wollen, wie weit die Beeinflussungen getrieben würden. So sei es überall geschehen, und bitte er, ihm zu gestatten, aus anderen Wahlkreisen Beispiele zu citiren. (Widerspruch). — Der Präsident möchte dies für unstatthaft erklären. — Abg. Wlotz: Er wolle nur von schon geprüften Wahlen sprechen. — Präsident Dr. Simon: Der Redner sei streng genommen dazu nicht befugt, doch werde man ihn immerhin hören können. — Abg. Wlotz führt demnach an, daß man die Stimmzettel für den Prinzen Roman Czartorsky für ungültig erklärt habe und schließt mit einer Bemerkung über das Verfahren des Oberpräsidenten v. Pott, die aber im Zusammenhang unverständlich bleibt.

Präsident der Bundeskommissionen v. Bismarck: Dem Herrn Vorredner will ich nur eine Thatsache entgegenhalten. Vor einigen Wochen hat sich der Oberpräsident der Provinz Posen an mich gewandt mit einer Klage über eine Beeinflussung der Wähler in Posen durch Drohungen und Entstellung der Thatsachen von Seiten der polnischen Gutsbesitzer und der niederen Geistlichkeit. Man ist darin soweit gegangen, die Deutschen als Evangelische und die Polen als Katholiken zu qualifiziren. Man hat in dieser Art die Gemüther damit zu beunruhigen gesucht, daß die katholische Religion in Gefahr käme durch die Gründung des Norddeutschen Bundes, und die deutschen Katholiken zu bewegen gesucht, für die polnischen Kandidaten zu stimmen zur Rettung ihres Glaubens. Ich habe geantwortet, daß wir jetzt hier mehr zu thun hätten, als alle einzelnen erklachten oder erzwungenen Stimmen aufzusuchen, und ihn ersucht, nur ganz eklatante strafbare Fälle der königlichen Regierung mitzutheilen. Dem Herrn Vorredner kann ich übrigens zu seinem Privatgebrauch eine ganz andere Blumenlese von Beeinflussungen von polnischer Seite mittheilen.

Abg. v. Niegowski: Es ist gewiß niemals von Seiten der Polen, und speziell der Geistlichkeit eine solche Gleichgültigkeit bei den Wahlen gewahrt worden, wie diesmal. Es war uns nicht an einer großen Zahl gelegen, sondern kam uns darauf an, einige herzusetzen, um das zu thun, was wir der Natur der Sache nach thun mußten. Es wird daher wohl schwer fallen, uns irgendwie eine Thatsache von Seiten der Regierungsorgane zu beweisen, die Geistlichkeit hielt sich im Gegentheil in dieser Beziehung so fern, daß es förmlich unerklärlich war und nur dadurch erklärt werden kann, daß der Erzbischof von Posen den Verhältnissen noch fremd ist und nicht weiß, welche Bedeutung für ein Volk, daß seine Nationalität verloren hat, das religiöse Gefühl hat. Denn daß man zu Gott sein Gebet erhebt für das, was einem theuer ist, kann doch unmöglich verneht werden, und es kam einer Nation nicht übel gedeutet werden, wenn sie ihre Gefühle durch Gebete ausdrückt.

Abg. Kantak: Der Präsident v. Bismarck sprach von dem großen Einflusse, den die niedere Geistlichkeit auf die Wahlen geübt habe; ich bestreite dies ausdrücklich. Es war ihr von oben her, vom Erzbischof, jeder Einfluß untersagt worden; und jeder Geistliche, der sich in einer Wahlversammlung blicken ließ, wurde erst dem Oberpräsidenten und von diesem dem Erzbischof angezeigt. Was da bei der Abstimmung erschlichen und erzwungen worden sein soll, sehe ich nicht ein; überhaupt erscheint es mir wunderbar, wie der Herr Graf Bismarck Abstimmungen, die vom Hause schon als gültig anerkannt worden sind, erschlichen und erzwungen nennen kann. — Wir könnten noch eine ganz andere Blumenlese von Beeinflussungen beibringen, welche von deutscher Seite ausgeht worden sind. Ich würde mich übrigens freuen, wenn der Herr Präsident die „eklatanten Fälle“ mittheilen möchte.

Abg. v. Niegowski: Es ist gewiß niemals von Seiten der Polen, und speziell der Geistlichkeit eine solche Gleichgültigkeit bei den Wahlen gewahrt worden, wie diesmal. Es war uns nicht an einer großen Zahl gelegen, sondern kam uns darauf an, einige herzusetzen, um das zu thun, was wir der Natur der Sache nach thun mußten. Es wird daher wohl schwer fallen, uns irgendwie eine Thatsache von Seiten der Regierungsorgane zu beweisen, die Geistlichkeit hielt sich im Gegentheil in dieser Beziehung so fern, daß es förmlich unerklärlich war und nur dadurch erklärt werden kann, daß der Erzbischof von Posen den Verhältnissen noch fremd ist und nicht weiß, welche Bedeutung für ein Volk, daß seine Nationalität verloren hat, das religiöse Gefühl hat. Denn daß man zu Gott sein Gebet erhebt für das, was einem theuer ist, kann doch unmöglich verneht werden, und es kam einer Nation nicht übel gedeutet werden, wenn sie ihre Gefühle durch Gebete ausdrückt.

Abg. Kantak: Der Präsident v. Bismarck sprach von dem großen Einflusse, den die niedere Geistlichkeit auf die Wahlen geübt habe; ich bestreite dies ausdrücklich. Es war ihr von oben her, vom Erzbischof, jeder Einfluß untersagt worden; und jeder Geistliche, der sich in einer Wahlversammlung blicken ließ, wurde erst dem Oberpräsidenten und von diesem dem Erzbischof angezeigt. Was da bei der Abstimmung erschlichen und erzwungen worden sein soll, sehe ich nicht ein; überhaupt erscheint es mir wunderbar, wie der Herr Graf Bismarck Abstimmungen, die vom Hause schon als gültig anerkannt worden sind, erschlichen und erzwungen nennen kann. — Wir könnten noch eine ganz andere Blumenlese von Beeinflussungen beibringen, welche von deutscher Seite ausgeht worden sind. Ich würde mich übrigens freuen, wenn der Herr Präsident die „eklatanten Fälle“ mittheilen möchte.

Abg. v. Niegowski: Es ist gewiß niemals von Seiten der Polen, und speziell der Geistlichkeit eine solche Gleichgültigkeit bei den Wahlen gewahrt worden, wie diesmal. Es war uns nicht an einer großen Zahl gelegen, sondern kam uns darauf an, einige herzusetzen, um das zu thun, was wir der Natur der Sache nach thun mußten. Es wird daher wohl schwer fallen, uns irgendwie eine Thatsache von Seiten der Regierungsorgane zu beweisen, die Geistlichkeit hielt sich im Gegentheil in dieser Beziehung so fern, daß es förmlich unerklärlich war und nur dadurch erklärt werden kann, daß der Erzbischof von Posen den Verhältnissen noch fremd ist und nicht weiß, welche Bedeutung für ein Volk, daß seine Nationalität verloren hat, das religiöse Gefühl hat. Denn daß man zu Gott sein Gebet erhebt für das, was einem theuer ist, kann doch unmöglich verneht werden, und es kam einer Nation nicht übel gedeutet werden, wenn sie ihre Gefühle durch Gebete ausdrückt.

Abg. Kantak: Der Präsident v. Bismarck sprach von dem großen Einflusse, den die niedere Geistlichkeit auf die Wahlen geübt habe; ich bestreite dies ausdrücklich. Es war ihr von oben her, vom Erzbischof, jeder Einfluß untersagt worden; und jeder Geistliche, der sich in einer Wahlversammlung blicken ließ, wurde erst dem Oberpräsidenten und von diesem dem Erzbischof angezeigt. Was da bei der Abstimmung erschlichen und erzwungen worden sein soll, sehe ich nicht ein; überhaupt erscheint es mir wunderbar, wie der Herr Graf Bismarck Abstimmungen, die vom Hause schon als gültig anerkannt worden sind, erschlichen und erzwungen nennen kann. — Wir könnten noch eine ganz andere Blumenlese von Beeinflussungen beibringen, welche von deutscher Seite ausgeht worden sind. Ich würde mich übrigens freuen, wenn der Herr Präsident die „eklatanten Fälle“ mittheilen möchte.

Abg. v. Niegowski: Es ist gewiß niemals von Seiten der Polen, und speziell der Geistlichkeit eine solche Gleichgültigkeit bei den Wahlen gewahrt worden, wie diesmal. Es war uns nicht an einer großen Zahl gelegen, sondern kam uns darauf an, einige herzusetzen, um das zu thun, was wir der Natur der Sache nach thun mußten. Es wird daher wohl schwer fallen, uns irgendwie eine Thatsache von Seiten der Regierungsorgane zu beweisen, die Geistlichkeit hielt sich im Gegentheil in dieser Beziehung so fern, daß es förmlich unerklärlich war und nur dadurch erklärt werden kann, daß der Erzbischof von Posen den Verhältnissen noch fremd ist und nicht weiß, welche Bedeutung für ein Volk, daß seine Nationalität verloren hat, das religiöse Gefühl hat. Denn daß man zu Gott sein Gebet erhebt für das, was einem theuer ist, kann doch unmöglich verneht werden, und es kam einer Nation nicht übel gedeutet werden, wenn sie ihre Gefühle durch Gebete ausdrückt.

Abg. Kantak: Der Präsident v. Bismarck sprach von dem großen Einflusse, den die niedere Geistlichkeit auf die Wahlen geübt habe; ich bestreite dies ausdrücklich. Es war ihr von oben her, vom Erzbischof, jeder Einfluß untersagt worden; und jeder Geistliche, der sich in einer Wahlversammlung blicken ließ, wurde erst dem Oberpräsidenten und von diesem dem Erzbischof angezeigt. Was da bei der Abstimmung erschlichen und erzwungen worden sein soll, sehe ich nicht ein; überhaupt erscheint es mir wunderbar, wie der Herr Graf Bismarck Abstimmungen, die vom Hause schon als gültig anerkannt worden sind, erschlichen und erzwungen nennen kann. — Wir könnten noch eine ganz andere Blumenlese von Beeinflussungen beibringen, welche von deutscher Seite ausgeht worden sind. Ich würde mich übrigens freuen, wenn der Herr Präsident die „eklatanten Fälle“ mittheilen möchte.

Abg. v. Niegowski: Es ist gewiß niemals von Seiten der Polen, und speziell der Geistlichkeit eine solche Gleichgültigkeit bei den Wahlen gewahrt worden, wie diesmal. Es war uns nicht an einer großen Zahl gelegen, sondern kam uns darauf an, einige herzusetzen, um das zu thun, was wir der Natur der Sache nach thun mußten. Es wird daher wohl schwer fallen, uns irgendwie eine Thatsache von Seiten der Regierungsorgane zu beweisen, die Geistlichkeit hielt sich im Gegentheil in dieser Beziehung so fern, daß es förmlich unerklärlich war und nur dadurch erklärt werden kann, daß der Erzbischof von Posen den Verhältnissen noch fremd ist und nicht weiß, welche Bedeutung für ein Volk, daß seine Nationalität verloren hat, das religiöse Gefühl hat. Denn daß man zu Gott sein Gebet erhebt für das, was einem theuer ist, kann doch unmöglich verneht werden, und es kam einer Nation nicht übel gedeutet werden, wenn sie ihre Gefühle durch Gebete ausdrückt.

Abg. Kantak: Der Präsident v. Bismarck sprach von dem großen Einflusse, den die niedere Geistlichkeit auf die Wahlen geübt habe; ich bestreite dies ausdrücklich. Es war ihr von oben her, vom Erzbischof, jeder Einfluß untersagt worden; und jeder Geistliche, der sich in einer Wahlversammlung blicken ließ, wurde erst dem Oberpräsidenten und von diesem dem Erzbischof angezeigt. Was da bei der Abstimmung erschlichen und erzwungen worden sein soll, sehe ich nicht ein; überhaupt erscheint es mir wunderbar, wie der Herr Graf Bismarck Abstimmungen, die vom Hause schon als gültig anerkannt worden sind, erschlichen und erzwungen nennen kann. — Wir könnten noch eine ganz andere Blumenlese von Beeinflussungen beibringen, welche von deutscher Seite ausgeht worden sind. Ich würde mich übrigens freuen, wenn der Herr Präsident die „eklatanten Fälle“ mittheilen möchte.

Abg. v. Niegowski: Es ist gewiß niemals von Seiten der Polen, und speziell der Geistlichkeit eine solche Gleichgültigkeit bei den Wahlen gewahrt worden, wie diesmal. Es war uns nicht an einer großen Zahl gelegen, sondern kam uns darauf an, einige herzusetzen, um das zu thun, was wir der Natur der Sache nach thun mußten. Es wird daher wohl schwer fallen, uns irgendwie eine Thatsache von Seiten der Regierungsorgane zu beweisen, die Geistlichkeit hielt sich im Gegentheil in dieser Beziehung so fern, daß es förmlich unerklärlich war und nur dadurch erklärt werden kann, daß der Erzbischof von Posen den Verhältnissen noch fremd ist und nicht weiß, welche Bedeutung für ein Volk, daß seine Nationalität verloren hat, das religiöse Gefühl hat. Denn daß man zu Gott sein Gebet erhebt für das, was einem theuer ist, kann doch unmöglich verneht werden, und es kam einer Nation nicht übel gedeutet werden, wenn sie ihre Gefühle durch Gebete ausdrückt.

Abg. Kantak: Der Präsident v. Bismarck sprach von dem großen Einflusse, den die niedere Geistlichkeit auf die Wahlen geübt habe; ich bestreite dies ausdrücklich. Es war ihr von oben her, vom Erzbischof, jeder Einfluß untersagt worden; und jeder Geistliche, der sich in einer Wahlversammlung blicken ließ, wurde erst dem Oberpräsidenten und von diesem dem Erzbischof angezeigt. Was da bei der Abstimmung erschlichen und erzwungen worden sein soll, sehe ich nicht ein; überhaupt erscheint es mir wunderbar, wie der Herr Graf Bismarck Abstimmungen, die vom Hause schon als gültig anerkannt worden sind, erschlichen und erzwungen nennen kann. — Wir könnten noch eine ganz andere Blumenlese von Beeinflussungen beibringen, welche von deutscher Seite ausgeht worden sind. Ich würde mich übrigens freuen, wenn der Herr Präsident die „eklatanten Fälle“ mittheilen möchte.

Abg. v. Niegowski: Es ist gewiß niemals von Seiten der Polen, und speziell der Geistlichkeit eine solche Gleichgültigkeit bei den Wahlen gewahrt worden, wie diesmal. Es war uns nicht an einer großen Zahl gelegen, sondern kam uns darauf an, einige herzusetzen, um das zu thun, was wir der Natur der Sache nach thun mußten. Es wird daher wohl schwer fallen, uns irgendwie eine Thatsache von Seiten der Regierungsorgane zu beweisen, die Geistlichkeit hielt sich im Gegentheil in dieser Beziehung so fern, daß es förmlich unerklärlich war und nur dadurch erklärt werden kann, daß der Erzbischof von Posen den Verhältnissen noch fremd ist und nicht weiß, welche Bedeutung für ein Volk, daß seine Nationalität verloren hat, das religiöse Gefühl hat. Denn daß man zu Gott sein Gebet erhebt für das, was einem theuer ist, kann doch unmöglich verneht werden, und es kam einer Nation nicht übel gedeutet werden, wenn sie ihre Gefühle durch Gebete ausdrückt.

Abg. Kantak: Der Präsident v. Bismarck sprach von dem großen Einflusse, den die niedere Geistlichkeit auf die Wahlen geübt habe; ich bestreite dies ausdrücklich. Es war ihr von oben her, vom Erzbischof, jeder Einfluß untersagt worden; und jeder Geistliche, der sich in einer Wahlversammlung blicken ließ, wurde erst dem Oberpräsidenten und von diesem dem Erzbischof angezeigt. Was da bei der Abstimmung erschlichen und erzwungen worden sein soll, sehe ich nicht ein; überhaupt erscheint es mir wunderbar, wie der Herr Graf Bismarck Abstimmungen, die vom Hause schon als gültig anerkannt worden sind, erschlichen und erzwungen nennen kann. — Wir könnten noch eine ganz andere Blumenlese von Beeinflussungen beibringen, welche von deutscher Seite ausgeht worden sind. Ich würde mich übrigens freuen, wenn der Herr Präsident die „eklatanten Fälle“ mittheilen möchte.

Abg. v. Niegowski: Es ist gewiß niemals von Seiten der Polen, und speziell der Geistlichkeit eine solche Gleichgültigkeit bei den Wahlen gewahrt worden, wie diesmal. Es war uns nicht an einer großen Zahl gelegen, sondern kam uns darauf an, einige herzusetzen, um das zu thun, was wir der Natur der Sache nach thun mußten. Es wird daher wohl schwer fallen, uns irgendwie eine Thatsache von Seiten der Regierungsorgane zu beweisen, die Geistlichkeit hielt sich im Gegentheil in dieser Beziehung so fern, daß es förmlich unerklärlich war und nur dadurch erklärt werden kann, daß der Erzbischof von Posen den Verhältnissen noch fremd ist und nicht weiß, welche Bedeutung für ein Volk, daß seine Nationalität verloren hat, das religiöse Gefühl hat. Denn daß man zu Gott sein Gebet erhebt für das, was einem theuer ist, kann doch unmöglich verneht werden, und es kam einer Nation nicht übel gedeutet werden, wenn sie ihre Gefühle durch Gebete ausdrückt.

Abg. Kantak: Der Präsident v. Bismarck sprach von dem großen Einflusse, den die niedere Geistlichkeit auf die Wahlen geübt habe; ich bestreite dies ausdrücklich. Es war ihr von oben her, vom Erzbischof, jeder Einfluß untersagt worden; und jeder Geistliche, der sich in einer Wahlversammlung blicken ließ, wurde erst dem Oberpräsidenten und von diesem dem Erzbischof angezeigt. Was da bei der Abstimmung erschlichen und erzwungen worden sein soll, sehe ich nicht ein; überhaupt erscheint es mir wunderbar, wie der Herr Graf Bismarck Abstimmungen, die vom Hause schon als gültig anerkannt worden sind, erschlichen und erzwungen nennen kann. — Wir könnten noch eine ganz andere Blumenlese von Beeinflussungen beibringen, welche von deutscher Seite ausgeht worden sind. Ich würde mich übrigens freuen, wenn der Herr Präsident die „eklatanten Fälle“ mittheilen möchte.



Abg. Wölkel: Die Herren Vorredner sind im Unrecht, wenn sie meinen, daß von polnischer Seite keine Wahlbeeinflussungen vorgekommen wären. Ich konstatire aus den Wahllisten die Thatfache, daß in einem politischen Ortswahlbezirk der Wahlvorsteher den Zettel öffnete, der auf den deutschen Kandidaten lautete und ihn dann zurückwies, angeblich, weil das Papier nicht weiß genug wäre; als er nun von Neuem auf weiterem Papier geschrieben übergeben wurde, öffnete ihn der Wahlvorsteher wiederum und zerriß ihn; als nunmehr der Wähler mit einem Protest drohte, wurde er aus dem Wahllokal gewiesen und bedroht, daß man Kunde auf ihn hegen würde, wenn er nicht Folge leistete. Die Herren aus Polen sind daran gewöhnt, sich als Schmerzenskinder darzustellen; nach dem, was Sie vom Grafen Wisniarski gehört haben, wissen Sie, was Sie davon zu halten haben.

Abg. Graf Renard: In der Provinz Posen giebt es keine polnischen Bürger, sondern nur preussische Staatsbürger.

Herr Abg. v. Kehler: Ich habe den Protest deshalb in meinem Referate nicht erwähnt, weil er von keinem Einfluß auf das Resultat der Wahl sein kann. Die Agitation in der Provinz Posen ist eine sehr lebhaft gewesene, sowohl seitens der Polen, wie der Deutschen, und das ist nicht ungehörig, sondern gehörig und erwünscht. Daß manche Polen für Deutsche gestimmt haben, ist sehr erklärlich; da sie in der politischen Bildung soweit vorgeschritten sind, um einzusehen, daß es gut und vorteilhaft ist, einem großen Gemeinwesen, wie der Norddeutsche Bund ist, anzugehören.

Darauf wird abgestimmt: Der Antrag Mottly fällt mit allen Stimmen gegen die der Polen; die Wahl des Abg. v. Bethmann-Hollweg wird für gültig erklärt.

Ohne Debatte werden darauf genehmigt die Wahlen der Abgg. v. Koon, Wegner, Krag, Schulze (Berlin), v. Frey, Graf Bredow, v. Auerswald. — Bei Gelegenheit der letzten Wahl theilt Abg. v. Kehler mit, daß ein Protest eingegangen ist, der eine Fälschung des Wahlergebnisses im 1. Bezirke behauptet. 80 Wähler nämlich erklären, daß sie einen Stimmzettel mit dem Namen des Gegenkandidaten v. Jadowski in die Urne geworfen, nach Zählung der Stimmen aber nur 38 für diesen Kandidaten vorhanden waren. Auf das Resultat der Wahl hat dies zwar keinen Einfluß; die Kommission beantragte deshalb die Gültigkeitserklärung der Wahl, zugleich aber auch eine Benachrichtigung hiervon an die Bundeskommissionen, damit die königlich preussische Regierung das Erforderliche veranlasse. — Das Haus tritt den Anträgen bei.

Namens der 5. Abtheilung referirt der Abg. Persius; auf seinen Antrag werden für gültig erklärt die Wahlen der Abgg. Kammgesser, v. Thadden, Waldeck, Laster, Deltus, Falk und Jansen. — Die Abtheilung hatte Anfangs beschlossen, wegen eines Formfehlers in den Wahllisten die Wahl des Letzteren zu beanstanden, ging jedoch bei nochmaliger Beratung von diesem Antrage ab.

Für die 6. Abtheilung berichtet der Abg. Hergenhan. Es werden für gültig erklärt die Wahlen der Abgg. Prinz Friedrich Karl, Dr. Körter, v. Waldaw-Reigenstein, Brande, v. Niegolewski. Bei der Wahl des Letzteren Abg. ordneten ist der Fall vorgekommen, den oben Abg. Wölkel gerügt hat. Es wird beschlossen, dem Bundespräsidium Mittheilung zu machen. — Ein nachträglich gegen die schon für gültig erklärte Wahl des Abg. Evelt erhobener Protest wird ad acta gelegt.

Für die 7. Abtheilung berichtet Abg. v. Burmb. Auf seinen Antrag werden für gültig erklärt die Wahlen der Abgg. Agricola und Fürst Solms-Lich. Präsident Dr. Simon: Hiermit ist die Tagesordnung erledigt; der Druck der heute eingebrachten Vorlage wird bis morgen Abend vollendet sein. Ich beäume deshalb die nächste Sitzung auf Mittwoch 1 Uhr an und setze auf die Tagesordnung: Beratung über die geschäftliche Behandlung der Vorlagen der veränderten Regierungen. — Die Abtheilungen bitte ich, Mittwoch um 11 Uhr zusammenzutreten, um die rüchständigen Wahlen zu prüfen.

Abg. v. Mann: Um die Beratung der Geschäftsordnung nicht zu weit hinauszuschieben, bitte ich, den Herrn Präsidenten zu ermächtigen, daß er von der vorläufigen Frist Abstand nehme, welche zwischen dem Druck der Anträge der Referenten und der Verhandlung im Plenum nach der Geschäftsordnung liegen soll.

Präsident Dr. Simon: Eine Abstimmung darüber kann ich nicht herbeiführen, sondern bin der Ansicht, daß der Antrag gefallen ist, sobald ein Mitglied des Hauses widerspricht.

Abg. Herr v. Vinde (Hagen): Ich widerspreche. (Gelächter.)

Abg. Graf Schwerin: Ich möchte mich nur gegen den Einwurf verwahren, als hätte ich durch meinen Antrag auf Schlussberatung die Beratung über die Geschäftsordnung hinauszuschieben wollen; ich glaube sie im Gegentheil zu beschleunigen; wenn dies jetzt nicht geschieht, so ist es nicht meine Schuld.

Abg. v. Dage und v. Kehler erklären, daß die Mitglieder des Hauses für den Antrag auf Schlussberatung gestimmt haben, weil sie die Sache beschleunigen wollten.

Der Präsident erklärt diese Sache für erledigt; über die Geschäftsordnung kann nunmehr nicht eher im Hause verhandelt werden, als 4 Tage, nachdem die Anträge der Referenten gedruckt sind.

Abg. Wähler bittet die 2. Abtheilung schon auf Dienstag 1 Uhr zu berufen, da dieselbe 2 wichtige Wahlprüfungen vor habe.

Der Präsident leistet dieser Bitte Folge. — Schluss der Sitzung 3 Uhr, nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. T. D.: 1) Beratung über die geschäftliche Behandlung des Verfassungsentwurfs; 2) Wahlprüfungen.

## Lokales und Provinzielles.

Posen, den 5. März.

— [Schwurgericht.] Die bedeutendste Verhandlung der ganzen gegenwärtigen Sitzungsperiode war erst für den letzten Tag angelegt worden und fand am Freitag in der Anklagesache wider den Schlossergesellen Gustav Schladebach aus Schippenbeil wegen Raubes, verbunden mit erheblicher Körperverletzung eines Menschen, statt. Der Anklage zu Grunde lag ein Vorfall, welcher vor ungefähr vier Monaten hier großes Aufsehen erregte und wegen der außerordentlichen Frechheit der That Anfangs mancherlei Zweifel hervorrief, so daß sich deshalb manche unserer Leser vielleicht noch seiner erinnern werden. In der Frühe des 30. Oktober v. J. wurde nämlich etwa gegen 7 Uhr Morgens auf dem St. Adalbert-Platz unserer Festung ein Mensch bestunungslos daliegend gefunden, welcher nur mit einem Hemd und einer Unterziehlade bekleidet, am Kopf und Gesicht stark zerklüftet und geschwollen und im Uebrigen über und über mit Schmutz und Blut bedeckt war; die Stelle, wo derselbe gefunden wurde, befand sich zwischen dem öffentlichen Wege, welche an dem Parkthorhof vorbeiziehend nach dem Wühlthor hinführt, und dem Fußweg, welcher das Glacis durchschneidet und gleichfalls nach dem Wühlthor sich hinzieht, und war von ersterem ungefähr 10 Schritt, von letzterem 22 Schritte entfernt.

Nachdem von der Militärpatrouille, welche zuerst den Verwundeten entdeckte, ein Polizeibeamter herbeigeholt worden war, wurde auf Anordnung des Letzteren der noch immer Bestunungslose nach der städtischen Krankenanstalt gebracht und hier stellte sich nun bei der ärztlichen Untersuchung heraus, daß derselbe mehrfache Quetschungen im Gesicht, besonders aber in der Umgegend beider Augen und der Oberlippe, so wie ferner drei gequetschte Hautwunden, eine an den linken Augenbrauen von 2, Zoll Länge, eine einen halben Zoll lange an der inneren Fläche der Oberlippe und eine am rechten Hinterkopf von 1/4 Zoll Länge hatte. Die Beschaffenheit aller dieser Wunden war derartig, daß sie nach dem Gutachten des behandelnden Arztes durch Schläge mit einem harten, stumpfen Instrumente hervorgerufen sein mußten und der Verwundete, welcher sich später als der Schneidergeselle Hermann Freyer von hier herausstellte, 47 Tage arbeitsunfähig gewesen und erst am 17. Dezember aus der städtischen Krankenanstalt entlassen worden ist, da auch nach Heilung der Kopfverwunden sich in Folge des Blutverlustes ein abnormer Mangel an Kräften gezeigt hat, ja daß sogar auch nach seiner Entlassung der Freyer noch fortwährend an Augenschwäche gelitten hat.

Ueber die Vorgänge vor der Auffindung des Freyer wurde mit der Zeit Folgendes ermittelt: Am 29. Oktober war Freyer gegen 7 Uhr Abends mit mehreren Kameraden in die Radomski'sche Schänke am Markte hierseits gekommen und hatte hier mit mehreren anderen Schlossergesellen auch den Angeklagten getroffen, welcher vier Wochen vorher aus dem hiesigen Gefängnisse, wo er eine gegen ihn wegen Diebstahls erkannte Strafe verbüßt hatte, entlassen und mittelst Zwangspasses in seine Heimath dirigiert worden war, sich jedoch seit dieser Zeit arbeitslos in Posen umhertrieb und deshalb schon unterm 8. Oktober wegen Nichtbefolgung der Reiseroute bestraft worden war. Zwischen beiden Theilen entspann sich eine Unterhaltung und während derselben schloß sich der Angeklagte besonders an den Freyer an; sie tranken zusammen Schnaps, Schladebach bestellte zu wiederholten Malen von Neuem, animirte den Freyer beständig zum Trinken, indem er ihm immer wieder eingoß, trank aber selbst sehr wenig, sondern behauptete stets, daß er eben erst getrunken habe. Infolge dieses Verfahrens war, als sie gegen 10 Uhr zusammen die Radomski'sche Schänke verließen, Freyer vollständig betrunken, während Schladebach, wie Radomski

sich genau überzeugte, vollkommen nüchtern war und auch den F. mit der Behauptung, daß dieser Alles bestellt habe, zum Bezaubern der ganzen Besche veranlaßte. Beide gingen vereint auf das St. Adalbert-Platz hinaus und Freyer redete hier ein des Weges ihm entgegenkommendes Frauenzimmer an. Während er mit demselben sprach, trat Schladebach von der Seite an ihn heran, fragte ihn erst, was er mit dem Mädchen zu reden habe und versetzte ihm unmittelbar darauf mit einem harten, stumpfen Instrument mehrere Schläge kurz hintereinander in das Gesicht, wobei er die Worte ausstieß: „Jetzt schlage ich Dich todt!“ Freyer ergriff in Folge dessen die Flucht, stürzte aber schon nach wenigen Schritten zu Boden, wurde nun von Schladebach eingeholt und erhielt von demselben von Neuem mehrfache Schläge auf den Kopf und in das Gesicht, so daß er hierdurch halb betäubt wurde, nur noch bemerkte, wie ihm, ohne daß er im Stande war, Widerstand zu leisten, der Kopf, die Weste, Stiefeln und Beinkleider vom Leibe gezogen wurden, und dann die Bestimmung vollständig verlor. Erst gegen 3 Uhr Morgens kam er wieder einigermaßen zu sich und fand, daß Schladebach verschwunden war, — ob Letzterer möglicherweise glaubte hat, daß Freyer todt sei, hat nicht aufklärt werden können, — und daß er selbst bis auf das Hemd und die Unterhose von allen Kleidungsstücken entblößt und des wenigen Geldes, welches er bei sich gehabt hatte, im Betrage von 20 Silberg. beraubt war; er war jedoch in Folge der Verwundungen so geschwächt und außerdem vor Kälte so erkrankt, daß er sich nicht von der Stelle zu bewegen vermochte und nach kurzer Zeit wieder in den bewußlosen Zustand zurückfiel, in welchem er liegen blieb, bis an demselben Morgen seine Auffindung erfolgte.

In Folge dieser Auslassung wurde die Verhaftung des Schladebach beschlossen und gelang es auch, dieselbe schon am zweiten Tage nach dem Vorfall auszuführen; dabei wurde der Angeklagte noch im Besitze eines Rockes, eines Paares Beinkleider und eines Taschentuchs, welche dem Freyer gehörig waren, getroffen. Er leugnete auch gar nicht, diese Gegenstände dem Freyer entwendet zu haben, bestritt jedoch von Anfang an, wie auch in der mündlichen Verhandlung Alles, was speciell den Thatbestand eines Raubes hätte bilden können, vielmehr gab er an, daß er beim Verlassen der Radomski'schen Schänke ebenfalls betrunken gewesen sei und nur auf Veranlassung des Freyer mit diesem in das Glacis gegangen sei; dort hätten sie sich niedergelegt und seien eingeschlafen, nach einiger Zeit sei er jedoch wieder aufgewacht und habe die Hand des Freyer in der Tasche seiner Beinkleider gefühlt, so daß er hieraus ersehen habe, daß derselbe ihn habe bestehlen wollen; noch halb schlaftrunken habe er denselben gefragt, was er denn da wolle, hierauf sei Freyer aufgesprungen, habe ihn an der Kehle gepackt und es sei nun zwischen ihnen eine Schlägerei entstanden, in deren Verlauf er den Freyer zu Boden geworfen und in seiner Wuth mit den Fäusten und den Abfägen seiner Stiefeln so lange auf den Kopf und in das Gesicht geschlagen, bis dieser sich nicht mehr habe rühren können; als Freyer nun so unbeweglich da gelegen, habe er denselben den Kopf und die Beinkleider fortgenommen, theils in der Absicht, sich dafür, daß Freyer ihn im Schlafe habe bestehlen wollen, zu rächen, theils auch, um sich durch den Verkauf dieser Gegenstände die Mittel zur Befreiung der Hefestollen nach seiner Heimath Schippenbeil zu verschaffen; die Stiefeln, Weste und das Geld habe er aber nicht genommen. Von letzterem ist auch nach seiner Verhaftung nichts mehr bei ihm gefunden worden.

Diese Angaben wurden indessen durch die unzweifelhaft glaubwürdige Aussage des Zeugen Freyer vollständig widerlegt, und es kam noch hinzu, daß auch noch einige andere Fälle ähnlicher Art zeigten, daß der Angeklagte wiederholt speciell auf Diebstahl und Raubansätze dieser Art ausgegangen ist. So hatte er den Diebstahl, wegen dessen er, wie oben erwähnt, in dem hiesigen Gefängnisse gewesen hatte, ebenfalls an einem Betrunkenen verübt, indem er denselben die Stiefeln von den Füßen gezogen und entwendet hatte, und endlich beendete ein Zeuge, der Arbeiter Julius Födel, daß 4 Wochen vor dem unter Anklage gestellten Vorfall der Angeklagte ihn in ganz derselben Weise durch Zutrinken, ohne selbst zu trinken, betrunken gemacht und ihn sodann in das Glacis gelockt habe, und daß er hier eingeschlafen und während des Schlafes, also aller Wahrscheinlichkeit nach gleichfalls durch Schladebach, bestohlen worden sei.

Die Frage, welche auf Grund dieser Verhandlung den Geschworenen vorgelegt wurde, lautete dahin: „Ist der Angeklagte p. p. schuldig, in der Nacht vom 29. zum 30. Oktober 1866 dem Schneidergesellen Hermann Freyer demselben gehörige Kleidungsstücke und Geld in der Absicht rechtswidriger Zueignung weggenommen zu haben, und zwar a) mit Gewalt gegen dessen Person; b) unter vorsätzlicher Zueignung einer Körperverletzung des Freyer, welche für denselben eine länger andauernde Arbeitsunfähigkeit zur Folge gehabt hat?“ Die Antwort der Geschworenen lautete: „Ja, schuldig, mit allen in der Frage enthaltenen Umständen, mit mehr als sieben Stimmen.“ Infolge der Verurteilung des Verurtheilten Moments a) b) der Frage bewegte sich die gegen den Angeklagten zu erkennende Strafe zwischen zehn und zwanzig Jahren Zuchthaus, während hier im Falle der Verneinung dieses Theils der Frage 5 bis 15 Jahre Zuchthaus betragen haben würde. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die spezielle Natur dieses Falles über das niedrigste Strafmaß hinauszugehen und auf eine 11jährige Zuchthausstrafe zu erkennen. Seitens der Verteidigung wurde das Strafminimum von 10 Jahren in Antrag gestellt. Der Gerichtshof ging jedoch über beide Anträge hinaus und verurtheilte den Angeklagten zu 12 Jahren Zuchthaus und schätzte die Stellung unter Polizeiaufsicht. Das Vertheilte bis auf den letzten Platz gefüllte Auditorium folgte der Verhandlung von Anfang bis zu Ende sichtlich mit dem größten Interesse.

In der zweiten am Freitag stattgehabten Verhandlung erschien der Arbeiter Anton Pietrowski aus Koszuty unter der Anklage eines schweren Diebstahls im ersten Rückfalle. Der Angeklagte, welcher erst 20 Jahr alt und im vorigen Jahre zweimal wegen Diebstahls bestraft ist, hatte sich zur Zeit der Gefangennahme im Sommer v. J. auf dem Gehöft der Krägerin Margaretha Wotna zu Krzeszinski aufgehalten und dort ohne Wissen der Wotna auf einem Bodenraum über einem Holzverschlage verschiedene Rädte zugebracht. Bei dieser Gelegenheit war er von seiner Schließelle aus in den Holzstall hinabgestiegen, hatte hier aus dem Fundament einen losen Stein mit Hülfe eines Meißels losgelöst, sodann mehrere andere Steine herausgehoben und sich durch das Fundament eine Oeffnung in den unmittelbar an den Holzverschlag anstoßenden und mit demselben ein Gebäude bildenden Pferdestall bereitet; hier fand er 2 Pelze, ein Paar Stiefeln, ein Hemde, eine Jacke und mehrere andere Kleidungsstücke vor, welche sämmtlich den Geschwister Franz und Michael Chrzanoski gehörig waren und insgesamt einen Werth von 20—25 Thlr. hatten, nahm alle diese Sachen an sich und suchte damit das Weite. Erst am 6. Dezember begegnete die Wotna zufällig hier in Posen den Angeklagten und veranlaßte seine sofortige Verhaftung; einer großen Theil der gestohlenen Sachen hatte er damals noch bei sich, nur die beiden Pelze hatte er für einen Preis von angeblich 3 1/2 Thlr. an einen unbekannten Händler verkauft. Der Angeklagte war der ihm zur Last gelegten That durchweg geständig; im Einverständnis mit der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung nahm daher der Gerichtshof unter Zuhilfenahme mildernder Umstände die Haftstrafe für erledigt an, so daß es der Zueignung der Geschworenen nicht mehr bedurfte, und verurtheilte den Pietrowski zu der mindesten, gesetzlich zulässigen Strafe von 6 Monaten Gefängnis, einjähriger Unterlegung in der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte und einjähriger Stellung unter Polizeiaufsicht.

Die letzte Verhandlung bildete sodann die Anklage gegen den 19jährigen Handlungscommis David Wollstein, aus Grätz gebürtig und zuletzt hier ortsangehörig, wegen eines Verbrechens gegen die Sittlichkeit. Wegen des Gegenstandes der Anklage, Bornahme unzüchtiger Handlungen mit einem Kinde unter 14 Jahren, erfolgte auf Antrag des Staatsanwalts die Ausschließung der Öffentlichkeit. Das Resultat der Verhandlung ging dahin, daß der Angeklagte für schuldig befunden und zu einer zweijährigen Zuchthausstrafe verurtheilt wurde.

Hiernächst wurde mit einer Ansprache des Vorsitzenden, Kreisgerichtsrath Thiel, an die Geschworenen, in welcher er denselben seinen Dank für ihre Thätigkeit aussprach, die zweite diesjährige Sitzungsperiode des hiesigen Schwurgerichts geschlossen. In derselben sind an nur fünf Sitzungstagen 13 Anklagen gegen 15 Angeklagte verhandelt und, ohne daß eine einzige verurteilt worden ist, zu Ende geführt worden; obwohl an den meisten Tagen sogar 3 Sachen angehängen haben, sind doch die Sitzungen stets schon Vormittags beendet worden, was hauptsächlich dem praktischen Gesicht und der Umsicht des Vorsitzenden zu danken war. Von den 15 Angeklagten sind nur zwei freigesprochen worden und zwar ist bei beiden die Freisprechung sogar auf Antrag der Staatsanwaltschaft erfolgt; das Gesamtmaß der gegen die übrigen 13 Angeklagten erkannten Strafen beträgt 45 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre 6 Monate und 6 Wochen Gefängnis; 8 Personen sind zu Zuchthaus verurtheilt worden und dadurch für Lebenszeit der bürgerlichen Ehrenrechte verlustig gegangen.

— [Königl. Friedrich-Wilhelms-Gymnasium zu Posen.] Die gestern den 4. März, geprüften fünf Abiturenten sind sämmtlich für reif erklärt worden.

— [General-Versammlung der Schützengilde.] Im Saale der Stadtverordneten fand am 2. d. Mts. Nachmittags um 3 Uhr die ordentliche General-Versammlung Behufs Wahl des Verwaltungsraths und Ehrenraths auf die Zeit von drei Jahren statt. Als Abgeordneter des Magistrats wohnte der Versammlung der Herr Stadtrath Dr. Samter bei. Der Vorsitzende, Herr Schlossermeister Schneider eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache, in welcher er darauf hinwies, daß der Verwaltungs- und Ehrenrath während der abgelaufenen Wahlperiode nur aus deutschen Mitgliedern der Gilde bestanden habe, daß es aber, um die Einigkeit und Harmonie in der Gilde nicht zu stören, sehr wünschenswerth sei, für die neue Wahlperiode beiden Nationalitäten gerecht zu werden; er rathe daher zu einem Kompromiß, nach welchem beide Körper zur Hälfte aus deutschen, zur Hälfte aus polnischen Mitgliedern bestehen. Unmittelbar hierauf schritt die Versammlung zur Wahl des aus acht Mitgliedern bestehenden Verwaltungsrathes. Die Wahl geschah durch Stimmzettel und fiel ganz in der angeregten Weise aus; darnach besteht der Verwaltungsrath jetzt aus den Herren Mylius, Nachtigall, Gchner, Klijczynski, Feist, Smukowski, Neumann, Kalinowski. Die Wahl des Ehrenraths geschah durch Akklamation und fiel auf die Herren Dorn, Mögeln I., Gzarnecki, Petersen, Sackowski, Wittmann, Czawinski, Haake, Dolatowski, Raffowski, Hoffmann. Als Offizier für die Civil-Abtheilung wählte die Versammlung Herrn Kierschte, als Feldwebel Herrn Wegner.

Auf der Tagesordnung stand außerdem ein Antrag auf Abänderung des Statuts. Auf Vorschlag des Magistrats-Deputierten, Herrn Stadtrath Dr. Samter, der eine Abänderung des noch neuen Statuts als unpraktisch ansah, erklärte sich die Versammlung gegen den Antrag. Der Schluss der Versammlung erfolgte um 6 Uhr Nachmittags.

— [Landwehr-Verein.] Vereine alter Krieger, Vereine der Landwehrmänner bestehen in vielen Städten der Mark, in Schlesien und andern Provinzen. Der letzte Krieg hat unter den Wehrmännern die Nothwendigkeit solcher Vereine, an die sich die Familien der Krieger im Falle der Noth zuversichtlich wenden können, recht wach gerufen. Auch in Posen haben daher mehrere Landwehrmänner die Gründung eines Vereins ihrer Kameraden, deren Anzahl sich hier auf ca. 1200 Mann beläuft, in die Hand genommen. Die Zwecke des Landwehrvereins sind 1) die Erhaltung des kameradschaftlichen Geistes, weshalb alle 4 Wochen eine gesellige Zusammenkunft, passende Vorträge, sowie jährlich zwei Hauptfeste, ein Sommer- und ein Winterfest, beabsichtigt werden; 2) die Unterstützung hilfsbedürftiger Familien der Mitglieder resp. Wittwen; 3) die Herstellung eines militärischen Ehrenbegräbnisses für die Mitglieder. Vom Landsturm ist der Beitritt zum Verein allen den Personen gestattet, die im Besitze der Militär-Auszeichnung sind. Die Abzeichen der Mitglieder werden in einer schwarz-weißen Binde mit dem Landwehrkreuz bestehen. Der monatliche Beitrag soll nur auf 2 1/2 Sgr. festgestellt werden, so daß auch dem weniger bemittelten Landwehrmann der Beitritt möglich ist.

Seiner edlen Intentionen wegen wünschen wir dem Vereine das beste Gedeihen. Das provisorische Comité besteht aus den Herren Kaufmann Kahrlt, Schmiedemeister Martin, Gerbermeister Günter, Tischlermeister Lange, Kaufmann Seide und Bezirksfeldwebel Kettner.

— [Versuchter Straßenraub.] Am 3. d. M. Abends gegen 7 Uhr wurde an der Ecke der Dominikaner und Gr. Gerberstraße von einem fremden Mann versucht, der 13 jährigen Tochter der Sattlermeisterwitwe S. ein über den Kopf geschlagenes Umschlagetuch herunterzureißen. Auf das Geschrei des Kindes kamen Leute herbei, in Folge dessen der Straßenräuber die Flucht ergriff. Derselbe wurde indeß durch einen Polizei-Beamten eingeholt und verhaftet. Es soll ein Schifferknecht sein.

— [Selbstmord.] Heute früh 1/6 Uhr stürzte sich ein unbekannter Mann von der Wallischebrücke herab in die Warthe. Ueber die Person des Unglücklichen, sowie über die Motive seiner Handlungsweise haben wir zur Zeit noch nichts Näheres erfahren können.

— Der unter dem Namen „der Zauberer des Nordens“ bekannte kaiserlich russische Hofkünstler, Herr Hermann Monhaupt, wird im nächsten Sommertheater, welches heizbar hergerichtet sein wird, nächsten Sonntag seine großen phantastischen Sirenen eröffnen. Dieselben bestehen aus der neueren originellen Magie und Physik und sind verbunden mit plastischen und landschaftlichen Darstellungen von Welt-Tableaux. Seine Leistungen sind uns durch in- und ausländische Journale höchst vortreflich bekannt, und wie wir denselben entnehmen, hat Herr Monhaupt überall mit großem Erfolge eine Reihe von Vorstellungen gegeben. Die „Breslauer Zeitung“ sagt: „Seit der vergangenen Woche ist die Parole der Breslauer „Monhaupt“, der durch seine magischen Produktionen das Publikum derartig bei jeder Vorstellung anzulocken vermag, daß der Circus gar nicht mehr die Zahl der Neugierigen zu fassen vermag. So war es auch gestern der Fall, wo der Billeterverkauf schon eine halbe Stunde vor Beginn der Vorstellung geschlossen werden mußte.“ Wir haben also jedenfalls Neues und Gediegenes zu erwarten, und glauben darum unsere Leser auf diese Produktionen aufmerksam machen zu sollen.

h Birnbaum, 3. März. [Braunkohlenfund.] Bei den Bohrversuchen, welche der hiesige königliche Kreisbaumeister vor etwa 3 Wochen auf der Oberfläthor Vorheide, nahe unserer Stadt, veranstaltete, um trinkbares Wasser zu ermitteln, wurde circa 6 bis 10 Fuß tief unter der Erdoberfläche Braunkohle gefunden, die in ihrer natürlichen Lagerung eine Mächtigkeit von 14 Fuß hat. Die Kohle ist vollständig reif und von vorzüglicher Güte. Namentlich wird aber die Förderung derselben äußerst leicht und wohlfeil sein, da das Lager bedeutend über dem Sommerwasserstande der Warthe liegt und bei dem geringen Abraum einen leichten Tagesbau gestattet. Ein in circa 20 Ruthen Entfernung davon ausgeführtes zweites Bohrgloch hat dieselbe Kohle in 18 Fuß Mächtigkeit geliefert, so daß hiernach auf eine große Ausdehnung des Braunkohlenlagers zu schließen ist. Die günstige Lage am schiffbaren Flusse und die Nähe unserer Stadt sind für Verwerthung der Kohle äußerst günstig. Wie wir hören, hat Kreisbaumeister Knecht seinen Fund auch gleich gesichert, die Muthung bei dem Königl. Oberbergamte in Breslau beantragt und dieselbe auch nach dem neuen Berggesetz aus dem Jahre 1865 ohne Verzug erhalten.

Ergaben die weiteren Bohrversuche eben so günstige Resultate, so dürfte in nicht zu langer Zeit ein reges industrielles Leben bei uns eintreten, da bekanntlich die Hauptverwerthung der Braunkohle durch Anlage von Fabriken, die mittelst Dampfmaschinen betrieben werden, erreicht wird. Möge der Segen aus diesem Braunkohlenfunde unserer Stadt bald zu Theil werden.

X Koszmin, 25. Februar. Bei Lesung der Korrespondenz in Nr. 45 der „Posener Zeitung“ Koszmin, 21. Februar, drängt sich jedem Unbefangenen die Frage auf: ob denn die Benutzung der Blasinstrumente bei den evangelischen Gottesdiensten und kirchlichen Feierlichkeiten von solcher Wichtigkeit sei, daß der Unterricht, wie er in Betreff dieser Gattung von Instrumenten, auf dem hiesigen Seminar erteilt wird, mit so großer Freude zu begrüßen ist. — Die evangelische Kirche hat seit einer Reihe von Jahren bei dem Bau von Orgeln alle lärmenden Register zu vermeiden gesucht; — in kleinen Kirchen wirken die Blasinstrumente (Zug- und Ventilinstrumente) scharfer auf die Nerven der Besucherinnen, als selbst jene Register. Ob die Feierlichkeit erhöht wird, wenn in der (Fortsetzung in der Beilage.)















# Produkten-Börse.

Berlin, 4. März. Wind: Nord. Barometer: 28°. Thermometer: Früh 0. Witterung: Trübe.

Der heutige ziemlich bedeutende Aufschwung in den Preisen für Roggen ist aufsehnend vom Geschäftsgang ausgegangen. Waare ist zu recht fest, wenn auch nicht gerade höheren Preisen begehrt. Verkauflich gewesen und ist ein guter Umsatz erzielt worden. Kaufkraft für Termine fand nur anfanglich einigermaßen entsprechendes Angebot, als später leeres sich stark lichtete, wurden entschieden bessere Gebote erforderlich, um Verkäufer anzulocken.

Weizen scheint beeinflusst durch die Steigerung in Roggen. Termine wurden erheblich besser bezahlt, Loko war der Handel unbelebt, die Haltung aber fest.

Hafers Loko und Termine fest. Rüböl ist auf nahe Sichten wenig beachtet, auf Herbst hingegen überwiegend begehrt worden, daher ist denn auch nur letzterer Termin besser bezahlt worden. Gefündigt 200 Ctr. Ründigungspreis 11 1/2 Rt.

Spiritus fest und ein wenig höher gehalten, ist nur schwach umgesetzt, doch waren Verkäufer im Vortheil. Gefündigt 10,000 Quart. Ründigungspreis 16 1/2 Rt.

Weizen Loko pr. 2100 Pfd. 70—86 Rt. nach Qualität, pr. 2000 Pfd. April-Mai 76 1/2 a 78 Rt. bz. u. Br., Mai-Juni 78 a 80 bz., Juni-Juli 78 1/2 a 79 bz., Juli-August 77 1/2 a 78 1/2 bz., Aug.-Septbr. 77 Br.

Roggen Loko pr. 2000 Pfd. 56—57 Rt. bz., feiner 57 1/2 a 58 Rt. bz., geringer 54 1/2 a 55 1/2 Rt. bz., per diesen Monat 55 Rt. bz., Frühjahr 53 1/2 a 54 1/2 bz., Mai-Juni 54 a 55 1/2 bz., Juni-Juli 54 1/2 bz., Juli-August 53 1/2 bz.

Gerste Loko pr. 1750 Pfd. 45—52 Rt. nach Qualität, Frühjahr 27 1/2 Rt. bz., Mai-Juni 28 1/2 Rt., Juni-Juli 28 1/2 Rt. nominell.

Erbsen pr. 2250 Pfd. Kochwaare 52—66 Rt. nach Qualität, Futterwaare 60—66 Rt. nach Qualität.

Rüböl Loko pr. 100 Pfd. ohne Saß 11 1/2 Rt. Br., per diesen Monat 11 1/2 Rt., März-April 11 1/2 Rt., April-Mai 11 1/2 a 12 1/2 bz., Mai-Juni 11 1/2 bz., Septbr. 11 1/2 a 12 bz.

Keinöl Loko 13 1/2 Rt. Spiritus pr. 8000 % Loko ohne Saß 16 1/2 Rt. bz., per diesen Monat 16 1/2 bz., Br. u. Bd., März-April do., April-Mai 16 1/2 a 17 1/2 bz. u. Br., 1/2 Bd., Mai-Juni 17 1/2 bz. u. Br., 1/2 Bd., Juni-Juli 17 1/2 bz. u. Br., 1/2 Bd., Juli-August 17 1/2 bz. u. Br., 1/2 Bd., August-Septbr. 17 1/2 a 18 1/2 bz. u. Br., 1/2 Bd., Septbr.-Oktbr. 17 1/2 a 18 1/2 bz. u. Br., 1/2 Bd.

Mehl. Weizenmehl Nr. 0. 5 1/2—5 Rt., Nr. 0. u. 1. 5 1/2—4 1/2 Rt., Roggenmehl Nr. 0. 4 1/2—4 1/2 Rt., Nr. 0. u. 1. 4 1/2—3 1/2 Rt. bz. pr. Ctr. unverfeuert. (B. S. 3.)

Stettin, 4. März. An der Börse. [Amtlicher Börsenbericht.] Wetter: Trübe, Nachts leichter Frost, Mittags + 2°. Barometer: 28, 6. Wind: SW.

Weizen fest, etwas höher, Loko p. 85 Pfd. gelber und weißbunter 82—86 Rt., geringer 72—81 Rt., 83/85 Pfd. gelber pr. Frühjahr 83 1/2, 84 bz. u. Br., Mai-Juni 84 Br., Juni-Juli 84 1/2 Br.

Roggen wenig verändert, p. 2000 Pfd. Loko 54—56 1/2 Rt. bz., pr. Frühjahr 53, 52 1/2, 53, 53 1/2 bz. u. Bd., Juni-Juli 54, 53 1/2, 54 Rt. bz.

Gerste und Hafer ohne Umsatz. Rüböl ohne Geschäft, Loko 11 1/2 Rt. Br., pr. März 11 1/2 Br., April-Mai 11 1/2 Br., Septbr. 11 1/2 Br.

Kapuskuchen 1 Rt. 20 Sgr. bz. u. Br. Spiritus fülle, Loko ohne Saß 16 1/2 Rt. bz., mit und ohne Saß im Verbande 16 1/2, bz., pr. Frühjahr 16 1/2, 1/2 bz., Mai-Juni 16 1/2 Br., Juni-Juli 17 Br. Angemeldet: Nichts.

Petroleum 7 1/2 Rt. bz.

Hering, schott. Crown und Fullbrand 11 1/2 Rt. fr. bz., Thlen 8 1/2 Rt. trans. bz.

Leinsamen, Nagaer 10 1/2 Rt. bz. (Hf.-Sig.) Breslau, 4. März. [Produktenmarkt.] Wind: Nord. Wetter: Veränderlich, früh 1° Kälte. Barometer: 28 1/2. — Bei beschränktem Angebot fand die nur schwache Kaufkraft wenig Auswahl, weshalb sich Getreidepreise vollkommen behaupteten.

Weizen zeigte sich gut preishaltend, wir notiren p. 84 Pfd. weißer 80—94 Sgr., gelber 79—91 Sgr., feinsten 1—2 Sgr. über Notiz.

Roggen blieb in feiner Waare gut beachtet, wir notiren p. 84 Pfd. 64—68 Sgr., feinsten 69 Sgr.

Gerste schwach beachtet, wir notiren p. 74 Pfd. 48—55 Sgr., beste Qualitäten werden mit 57—59 Sgr. bezahlt.

Hafer fest, wir notiren p. 50 Pfd. 30—33 Sgr., feinsten über Notiz bezahlt.

Hülsenfrüchte. Kocherbsen wurden wenig beachtet, 62—67 Sgr., Futtererbsen a 53—58 Sgr. v. 90 Pfd.

Widen wenig beachtet, p. 90 Pfd. 58—62 Sgr. Bohnen ohne Frage, p. 90 Pfd. 70—90 Sgr., feinsten über Notiz.

Lupinen angeboten, der Umsatz blieb belanglos, p. 90 Pfd. gelbe 40—44 Sgr., blaue 40—45 Sgr.

Buchweizen fand vereinzelt Frage, wir notiren p. 70 Pfd. 50—56 Sgr. Delfaaten wurden vermehrt beachtet, wir notiren p. 150 Pfd. Brutto Wintererbsen 170—184 Sgr., Wintererbsen schlech. 188—204 Sgr., galiz. 168—194 Sgr., Sommererbsen 148—164 Sgr., Leinölkuchen fand wenig Beachtung, a 148—160 Sgr., Schlaglein wurde gut gefragt, wir notiren p. 150 Pfd. Brutto 5 1/2—6 1/2 Sgr., feinsten über Notiz bezahlt.

Ganfsamen p. 60 Pfd. a 44—46 Sgr. Kapuskuchen mehr beachtet, wir notiren a 49—51 Sgr. p. Ctr. Kleesaat bei schwachen Zufuhren in beiden Farben gut preishaltend, roth, wir notiren ord. 12—13 1/2 Rt., mittel 14—15 Rt., fein 16 1/2—18 Rt., hochf. 19 1/2—19 1/2 Rt., weiß ord. 17—20 Rt., mittel 22—24 Rt., fein 26 1/2—27 1/2 Rt., hochf. 28—29 Rt. und darüber zu bedingen.

Ethymothec reichlich angeboten, 10 1/2—11 1/2 Rt. p. Ctr. Kartoffeln reichlich angeboten, a 24—36 Sgr. p. Ctr. a 150 Pfd.

Breslau, 4. März. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Roggen (p. 2000 Pfd.) wenig verändert, pr. März 53 1/2 Br., März-April 52 1/2 Br., April-Mai 52 Br., Mai-Juni 52 1/2 Br., Juni-Juli 52 1/2 Br.

Weizen pr. März 50 1/2 Br. Gerste pr. März 43 1/2 Br. Hafer pr. März 44 1/2 Br. Raps pr. März 94 1/2 Br.

Rüböl matter, gef. 100 Ctr., Loko 11 Br., pr. März und März-April 11 Br., April-Mai 11 1/2 Br., Mai-Juni 11 1/2 Br., Septbr.-Oktbr. 11 1/2 Br., 11 1/2 Bd.

Spiritus wenig verändert, gef. 10,000 Quart, Loko 16 1/2 Br., 16 1/2 Bd., pr. März und März-April 16 1/2 Br., 16 1/2 Bd., April-Mai 16 1/2—17 1/2 Br., u. Br., Mai-Juni 16 1/2 Br., schließt 16 1/2 Br.

Sink seit letzter Notiz 6 Rt. 18 Sgr. bz.

## Preise der Cerealien.

(Bestimmungen der polizeilichen Kommission.)

Breslau, den 4. März 1867.

|                | feine | mittel | ord. Waare. |
|----------------|-------|--------|-------------|
| Weizen, weißer | 91—93 | 87     | 79—82 Sgr.  |
| do. gelber     | 89—91 | 84     | 78—81       |
| Roggen         | 68—69 | 67     | 63—65       |
| Gerste         | 57—59 | 54     | 48—52       |
| Hafer          | 33—34 | 32     | 30—31       |
| Erbsen         | 63—66 | 59     | 54—57       |

## Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 4. März 1867.

### Preussische Fonds.

|                     |       |         |    |
|---------------------|-------|---------|----|
| Freiwillige Anleihe | 4 1/2 | 100     | bz |
| Staats-Anl. 1859    | 5     | 104 1/2 | bz |
| do. 54, 55, 57      | 4 1/2 | 100     | bz |
| do. 56, 57          | 4 1/2 | 100     | bz |
| do. 1859, 1864      | 4 1/2 | 100     | bz |
| do. 50, 52 conv.    | 4     | 91 1/2  | bz |
| do. 1853            | 4     | 91 1/2  | bz |
| do. 1862            | 4     | 91 1/2  | bz |
| Präm.-St.-Anl. 1855 | 3 1/2 | 121 1/2 | bz |
| Staats-Schuldsk.    | 3 1/2 | 84 1/2  | bz |
| Rur.-u.-Neumark.    | 3 1/2 | 82 1/2  | bz |
| Verl. Stadt-Obl.    | 5     | 104     | bz |
| do. do.             | 4 1/2 | 99 1/2  | bz |
| do. do.             | 4 1/2 | 82      | bz |
| Verl. Börsen-Obl.   | 5     | 101 1/2 | bz |
| Rur.-u.-Neumark.    | 3 1/2 | 79 1/2  | bz |
| Märkische           | 4     | 90 1/2  | bz |
| Ostpreussische      | 3 1/2 | 78      | bz |
| do. do.             | 4     | 86 1/2  | bz |
| Pommersche          | 3 1/2 | 78 1/2  | bz |
| do. neue            | 4     | 90 1/2  | bz |
| Posenische          | 3 1/2 | —       | —  |
| do. neue            | 4     | 89 1/2  | bz |
| Schlesische         | 3 1/2 | —       | —  |
| do. Litt. A.        | 4     | —       | —  |
| Westpreussische     | 3 1/2 | 77      | bz |
| do. do.             | 4     | 86      | bz |
| do. neue            | 4     | —       | —  |
| do. do.             | 4 1/2 | 91 1/2  | bz |
| Rur.-u.-Neumark.    | 4     | 92 1/2  | bz |
| Pommersche          | 4     | 92      | bz |
| Posenische          | 4     | 90 1/2  | bz |
| Preussische         | 4     | 91 1/2  | bz |
| Rhein.-Westf.       | 4     | 96 1/2  | bz |
| Sächsisch           | 4     | 93      | bz |
| Schlesisch          | 4     | 93 1/2  | bz |

### Ausländische Fonds.

|                         |       |        |         |
|-------------------------|-------|--------|---------|
| Deutr. Metalliques      | 5     | 49 1/2 | bz      |
| do. National-Anl.       | 5     | 57     | bz      |
| do. 250 fl. Präm.-D.    | 4     | 63     | bz      |
| do. 100 fl. Kred.-Loose | —     | 70     | bz      |
| do. 5 pr. Loose (1860)  | 5     | 70 1/2 | bz      |
| do. Pr.-Sch. v. 1864    | —     | 43 1/2 | bz u. G |
| do. Silb.-Anl. 1864     | 5     | 61 1/2 | bz      |
| Italienische Anleihe    | 5     | 53 1/2 | bz      |
| 5. Stieglitz Anl.       | 5     | 62 1/2 | bz      |
| do. do.                 | 5     | 82 1/2 | bz      |
| Englische Anl.          | 5     | 87 1/2 | bz      |
| Russ. Egl. Anl.         | 3     | 53 1/2 | bz      |
| do. v. J. 1862          | 5     | 87     | bz      |
| do. 1864                | 5     | —      | —       |
| do. engl.               | 5     | 88 1/2 | bz      |
| do. Pr.-Anl. 1864       | 5     | 91 1/2 | bz      |
| Poln. Schatz-D.         | 4     | 64 1/2 | etw bz  |
| do. A.                  | 4     | —      | —       |
| Cert. A. 300 fl.        | 5     | 91 1/2 | bz      |
| Pöbdr. n. i. S. A.      | 4     | 59 1/2 | bz      |
| Part. D. 500 fl.        | 4     | 91 1/2 | bz u. G |
| Amerik. Anleihe         | 6     | 77 1/2 | bz      |
| Rurh. 40 Jhr. Loose     | —     | 55 1/2 | bz      |
| Neue Bad. 35 fl. Loose  | —     | 30     | etw bz  |
| Deffauer Präm.-Anl.     | 3 1/2 | 99 1/2 | bz      |
| Eubeder Präm.-Anl.      | 3 1/2 | 49 1/2 | bz      |

### Russ. und Kredit-Aktien und Antheilsscheine.

|                     |   |         |              |
|---------------------|---|---------|--------------|
| Berl. Rassenverein  | 4 | 156     | G            |
| Berl. Handels-Ges.  | 4 | 107 1/2 | B            |
| Braunschwg. Bank    | 4 | 95      | etw bz       |
| Bremer              | 4 | 117     | G            |
| Coburger Kredit-D.  | 4 | 89      | B            |
| Danzig. Priv.-Bk.   | 4 | 112     | etw bz       |
| Darmstädter Kred.   | 4 | 84 1/2  | G            |
| do. Zettel-Bank     | 4 | 96 1/2  | G            |
| Deffauer Kredit-B.  | 0 | 22      | etw bz       |
| Deffauer Landesb.   | 4 | —       | —            |
| Dist. Komm. Anth.   | 4 | 102 1/2 | bz u. G      |
| Genfer Kreditbank   | 4 | 29 1/2  | Post bz u. G |
| Geraer Bank         | 4 | 103 1/2 | B            |
| Gotthard Privat do. | 4 | 100     | bz u. G      |
| Hannoversche do.    | 4 | 83      | B            |
| Königsb. Privatb.   | 4 | 111     | G            |

### Prioritäts-Obligationen.

|                       |   |        |    |
|-----------------------|---|--------|----|
| Nachn.-Düsseldorfer   | 4 | —      | —  |
| do. II. Em.           | 4 | —      | —  |
| do. III. Em.          | 4 | 93     | bz |
| Nachn.-Mafftricht     | 4 | 61 1/2 | G  |
| do. II. Em.           | 5 | 61 1/2 | G  |
| Bergisch-Märkische    | 4 | —      | —  |
| do. II. Ser. (conv.)  | 4 | 97 1/2 | B  |
| do. III. S. 3 (R. S.) | 3 | 78 1/2 | bz |
| do. Litt. B.          | 3 | 78 1/2 | bz |
| do. IV. Ser.          | 4 | 94 1/2 | bz |
| do. V. Ser.           | 4 | 94 1/2 | bz |
| do. Düsseld. Elberf.  | 4 | —      | —  |
| do. II. Em.           | 4 | —      | —  |
| III. S. (Dm.-Soest)   | 4 | 85 1/2 | G  |
| do. II. Ser.          | 4 | —      | —  |
| Berlin-Anhalt         | 4 | 91 1/2 | B  |
| do.                   | 4 | —      | —  |
| do. Litt. B.          | 4 | 96 1/2 | B  |
| Berlin-Hamburg        | 4 | 91 1/2 | G  |
| do. II. Em.           | 4 | —      | —  |
| Berl. Potsd.-Mg. A.   | 4 | 88     | B  |
| do. Litt. B.          | 4 | 88     | B  |
| do. Litt. C.          | 4 | 88     | B  |
| Berlin-Stettin        | 4 | —      | —  |
| do. II. Em.           | 4 | 86 1/2 | B  |

|                        |       |         |                 |
|------------------------|-------|---------|-----------------|
| Berl.-Stet. III. Em.   | 4     | —       | —               |
| do. IV. S. v. St. gar. | 4 1/2 | 97 1/2  | bz              |
| Bresl.-Schw.-Kr.       | 4 1/2 | —       | —               |
| Salz.-Gresfeld         | 4 1/2 | —       | —               |
| Salz.-Minden           | 4 1/2 | 100     | B               |
| do. II. Em.            | 5     | 102 1/2 | bz              |
| do.                    | 4     | 87 1/2  | bz              |
| do. III. Em.           | 4     | —       | —               |
| do.                    | 4 1/2 | 96      | bz              |
| do. IV. Em.            | 4     | 86      | bz              |
| do. V. Em.             | 4     | 86      | B               |
| Ges. Dberb. (Wibb.)    | 4     | —       | —               |
| do. III. Em.           | 4 1/2 | —       | —               |
| do.                    | 1865  | 4 1/2   | —               |
| Magdeb. Halberst.      | 4     | 97      | G               |
| Magdeb. Wittenb.       | 3     | 68      | bz              |
| Modoc-Nassau S. G.     | 5     | 84 1/2  | bz              |
| Niederelsch. Märk.     | 4     | 90 1/2  | G               |
| do. II. c.             | 4     | 88 1/2  | G               |
| do. conv.              | 4     | 91 1/2  | G               |
| do. conv. III. Ser.    | 4     | 88 1/2  | bz              |
| do. IV. Ser.           | 4 1/2 | 98 1/2  | bz              |
| Niederelsch. Zweib.    | 5     | 101     | bz              |
| Nordb. Fried. Wilh.    | 4     | —       | —               |
| Oberelsch. Litt. A.    | 4     | —       | —               |
| do. Litt. B.           | 3 1/2 | —       | —               |
| do. Litt. C.           | 4     | —       | —               |
| do. Litt. D.           | 4     | 88 1/2  | G               |
| do. Litt. E.           | 3 1/2 | 79 1/2  | bz              |
| do. Litt. F.           | 4 1/2 | 95 1/2  | G 95 1/2        |
| Deutr. Franzö. St.     | 3     | 245     | bz u. G         |
| Deutr. südl. Staatsb.  | 3     | 230 1/2 | 233 1/2 bz u. G |
| Pr. Wilb. I. Ser.      | 5     | —       | —               |
| do. II. Ser.           | 5     | —       | —               |
| do. III. Ser.          | 5     | —       | —               |
| Rheinische Pr. Obl.    | 4     | —       | —               |
| do. v. Staat garant.   | 3 1/2 | 79      | bz              |
| do. Prior. Obl.        | 4     | 94 1/2  | bz              |
| do.                    | 1862  | 4       | —               |
| do. v. Staat garant.   | 4     | 98      | G               |
| Rhein-Nassau St. G.    | 4     | 95 1/2  | bz              |
| do. II. Em.            | 4 1/2 | 95 1/2  | bz              |
| Ruhrort-Gresfeld       | 4     | —       | —               |
| do. II. Ser.           | 4     | —       | —               |
| do. III. Ser.          | 4     | —       | —               |
| do. II. Em.            | 4 1/2 | —       | —               |

## Notirungen der von der Handelskammer ernannten Kommission zur Feststellung der Marktpreise von Raps und Rüben.

|                     |     |     |     |      |
|---------------------|-----|-----|-----|------|
| Raps                | 202 | 192 | 178 | Sgr. |
| Rüben, Winterfrucht | 182 | 172 | 164 | —    |
| do. Sommerfrucht    | 162 | 152 | 142 | —    |
| Dotter              | 152 | 142 | 132 | —    |

(Bresl. Sds. Bl.)

Magdeburg, 4. März. Weizen 78—79 Rt., Roggen 58—59 1/2 Rt., Gerste 47—52 Rt., Hafer 27 1/2—29 Rt.

Kartoffelspiritus. Loko waare etwas höher, Termine flau. Loko ohne Saß 17 1/2 a 18 Rt., pr. März und März-April 17 1/2 a 18 Rt., April-Mai 17 1/2 Rt., Mai-Juni 17 1/2 Rt., Juni-Juli 17 1/2 Rt., Juli-August 17 1/2 Rt. pr. 8000 pSt. mit Uebernahme der Gebinde a 1 1/2 Rt. pr. 100 Quart.

Rübenspiritus laufender Monat stark ausbezogen. Loko 16 1/2 Rt., pr. März 16 1/2 Rt. (Magdb. Sig.)

## Telegraphische Börsenberichte.

Hamburg, 4. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Getreide-markt. Weizen Loko fester, auf Termine höher. Pr. März 5400 Pfd. netto 148 Bantothaler Br., 147 Bd., pr. Frühjahr 146 Br. u. Bd. Roggen Loko fülle, ab Auswärts leblos, auf Termine behauptet. Pr. März 5000 Pfd. Brutto 90 Br., 89 Bd., pr. Frühjahr 88 Br., 87 Bd. Hafer flau. Del fülle, Loko 25 1/2, pr. Mai 25 1/2, pr. Oktober 26. Spiritus etwas höher gehalten, 23 1/2 Br. Kaffee guter Markt, verkauft 1500 Sack Maracaibo, 4000 Sack do. schwimmend. Sink Loko 14 Mt. 3 Sch., 500 Ctr. 14 Mt. 5 Sch. — Wetter: Schön, aber kalt.

London, 4. März. Getreidemarkt (Schlußbericht). Für Weizen konnten nur sehr schwer Montagspreise erlangt werden, in fremdem Detailgeschäft; Gerste 1, Hafer einzeln 1/2 Sch. niedriger, schleppend. — Schönes Wetter, Nachtfrost.

Paris, 4. März, Nachmittags 3 Uhr 30 Minuten. Rüböl pr. März 97, 50, pr. Mai-August 99, 00, pr. Septbr.-Dezbr. 98, 50. Mehl pr. März 73, 50, pr. Mai-Juni 75, 50. Spiritus pr. März 69, 50.

Amsterdam, 4. März. Getreidemarkt (Schlußbericht). Roggen auf Termine etwas flauer. Raps pr. April 66 1/2, pr. Oktober —. Rüböl pr. Mai 36 1/2, pr. Oktober-Dezember 39.

Liverpool, (via Haag), 4. März, Mittags. (Von Springmann & Comp.) Baumwolle: 10,000 Ballen Umsatz. Fest. Middling Amerikanische 13 1/2, middling Orleans 14, fair Dhollerah 11 1/2, good middling fair Dhollerah 11, middling Dhollerah 10 1/2, Bengal 8 1/2, good fair Bengal 9, Domra 11 1/2, Pernam 14 1/2, Egyptian 16 1/2.

## Wasserstand der Warthe.

Posen, am 4. März 1867 Vormittags 8 Uhr 9 Fuß 7 Zoll.

## Telegramm.